

### Die russische Staatsdumawahl 1999

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (2000). *Die russische Staatsdumawahl 1999*. (Berichte / BIOst, 3-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41324>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>1. Unterschiede zur Staatsdumawahl 1995</b> .....	5
<b>2. Das neue russische Dumawahlgesetz</b> .....	6
<b>2.1 Unverändert gebliebene Bestimmungen</b> .....	6
<b>2.2 Neue Bestimmungen</b> .....	8
<b>3. Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke</b> .....	10
<b>3.1 Kurzbeschreibung der zugelassenen Parteien</b> .....	13
3.1.1 "Konservative Bewegung Rußlands" .....	13
3.1.2 "Rußländischer gesamtnationaler Bund" .....	13
3.1.3 "Frauen Rußlands" .....	14
3.1.4 "Stalinscher Block – für die UdSSR" .....	14
3.1.5 "Jabloko" .....	14
3.1.6 "Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion" .....	15
3.1.7 "Frieden, Arbeit, Mai" .....	16
3.1.8 "Block General Andrej Nikolajew und Akademiemitglied Swjatoslaw Fjodorow" .....	16
3.1.9 "Geistiges Erbe" .....	17
3.1.10 "Kongreß russischer Gemeinden und Liste Jurij Boldyrew" .....	17
3.1.11 "Partei des Friedens und der Einheit" .....	17
3.1.12 "Rußländische Partei zum Schutz der Frauen" .....	17
3.1.13 "Bär" .....	18
3.1.14 "Sozialdemokraten" .....	18
3.1.15 "Zur Unterstützung der Armee" .....	18
3.1.16 "Block Shirinowskij" .....	19
3.1.17 "Für Bürgerwürde" .....	19
3.1.18 Die Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR) .....	19
3.1.19 "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" .....	22
3.1.20 "Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache" .....	27
3.1.21 "Gesamtrussische politische Partei des Volkes" .....	27
3.1.22 "Union rechter Kräfte" .....	27
3.1.23 "Ökologische Partei Rußlands 'Zeder'" .....	28

3.1.24	<i>"Unser Haus Rußland"</i> .....	28
3.1.25	<i>"Sozialistische Partei Rußlands"</i> .....	29
3.1.26	<i>"Partei der Rentner"</i> .....	29
3.1.27	<i>"Russische sozialistische Partei"</i> .....	29
3.1.28	<i>"Rußländische Konservative Partei der Unternehmer"</i> .....	29
<b>4.</b>	<b>Ergebnisse der russischen Staatsdumawahl 1999</b> .....	<b>30</b>
<b>5.</b>	<b>Die neue russische Staatsduma</b> .....	<b>34</b>
<b>5.1</b>	<b><i>Fraktionen</i></b> .....	<b>34</b>
<b>5.2</b>	<b><i>Staatsdumaspitze</i></b> .....	<b>36</b>
<b>5.3</b>	<b><i>Komiteevorsitzende</i></b> .....	<b>37</b>
<b>6.</b>	<b>Fazit und Ausblick</b> .....	<b>40</b>
	Summary .....	41

24. Februar 2000

**Eberhard Schneider**

## **Die russische Staatsdumawahl 1999**

Bericht des BIOst Nr. 3/2000

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

#### *Ergebnisse*

1. Am 24. Juni 1999 trat ein neues Gesetz für die Wahl zur russischen Staatsduma am 19. Dezember 1999 in Kraft. Dieses umfangreiche Wahlgesetz enthält eine Reihe neuer wichtiger Regelungen: die Verdoppelung der vorherigen Registrierungsfrist der Wählervereinigungen (Parteien, politische Bewegungen, Blöcke), die an der Wahl teilnehmen wollen, auf ein Jahr vor dem Wahltag, Offenlegung der Vorstrafen von Kandidaten, Neuregelung der Hinterlegung einer Wahlsicherheitssumme für die Registrierung eines Kandidaten oder einer Wählervereinigung statt einer Unterschriftenliste, Fixierung der Rechte ausländischer Wahlbeobachter, Offenlegung der Vermögensverhältnisse der Kandidaten und bei der Listenwahl Absenkung der Fünf-Prozent-Hürde bei bestimmten Wahlausgängen.
2. Zur Wahl der Staatsduma ließ die Zentrale Wahlkommission insgesamt 28 Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wählervereinigungen zu, die sich durch Sammeln von 200.000 Unterschriften oder Hinterlegen einer Wahlsicherheitssumme registrieren lassen konnten. Gegenüber den vorhergehenden Staatsdumawahlen fiel auf, daß diesmal keine eigentliche "Partei der Macht" kandidierte. Zudem trat die KPRF de facto mit drei Listen zur Staatsdumawahl an. Diese Zersplitterung der Kommunisten war auch Ausdruck der Tatsache, daß es bei den Wahlen nicht mehr um die Frontstellung Demokraten gegen Kommunisten, sondern föderale Nomenklatur Jelzins gegen Moskauer Nomenklatur Lushkows ging.
3. Dank der Unterstützung durch Premier Wladimir Putin gewann die neue Quasi-"Partei der Macht" "Bär" bei der Staatsdumawahl am 19. Dezember 1999 23,32 Prozent. Knapp vor ihr liegt mit 24,29 Prozent – ein ganz geringer Stimmenzuwachs gegenüber 1995 – die "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF). Abgeschlagen folgte mit 13,33 Prozent die vor der Wahl hochgelobte Bewegung Lushkows "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR). Danach rangierte die Bewegung der ehemals regierenden Marktwirtschaftler "Union der rechten Kräfte" (URK) mit immerhin 8,52 Prozent. Der "Block Shirinowskij" mit 5,98 Prozent und "Jabloko" mit 5,93 Prozent haben ihr Wählerpotential praktisch ausgeschöpft. Die Fraktionen repräsentieren heute 81 Prozent der Listenwählerstim-

men gegenüber rund 50 Prozent in der Staatsduma von 1995. Das bedeutet eine gewisse Konsolidierung des russischen Parteiensystems. Die Wahlbeteiligung betrug 61,85 Prozent und die Erneuerungsquote 65,11 Prozent (91 Listenabgeordnete und 66 direkt gewählte Abgeordnete). Die meisten Direktmandate errang die KPRF mit 46 Abgeordneten, gefolgt von VGR mit 31, "Bär" mit 9, "Unser Haus Rußland" mit 7, URK mit 5 und "Jabloko" mit 4. Das überraschend gute Abschneiden von "Bär" war für Jelzin ausschlaggebend, am Silvesterabend zurückzutreten und so Putins Chancen bei der Wahl des neuen russischen Präsidenten zu stärken, die auf den 26. März 2000 vorgezogen wurde.

4. Die Bevölkerung wählte mit einem hohen Stimmenanteil die erst kurz vor der Wahl gegründete Bewegung "Einheit" ohne politisches Programm. Offensichtlich hat Putins Aussage, er werde diese Bewegung als Privatperson wählen, ihr viele Stimmen gebracht. Die Wähler übertrugen das hohe Rating, das Putin genießt, auf diese Bewegung. Putin stützt seine politische Autorität auf seinen militärischen Erfolg im Tschetschenien-Krieg. Tatkraft und entschlossenes Handeln sind zur Zeit für die Bevölkerung die obersten Werte.
5. Die neue Staatsduma ist politisch weniger polarisiert als ihre Vorgängerin von 1995. Die Fraktionen der Kommunisten und Nationalisten verkleinerten sich um ein Viertel bzw. zwei Drittel. Die jelzinkritischen Demokraten von "Jabloko" mußten eine Halbierung ihrer Fraktionsstärke hinnehmen. In der neuen Staatsduma bildete sich die Abstimmungscoalition KPRF – "Einheit", die man als Wählerbetrug bezeichnen kann, die aber auch Ausdruck dafür ist, daß die KPRF langsam zu einem integrierten Bestandteil des russischen politischen Systems wird. Das alles führt dazu, daß der Antagonismus Präsident – Parlament der Jelzin-Zeit unter Putin nicht mehr besteht, so daß liegengebliebene Reformgesetze verabschiedet werden könnten.
6. "Einheit" wird bestenfalls die nächste Staatsdumawahl gerade noch überleben. VGR und URK stehen kurz vor der Spaltung oder haben sich schon gespalten. Angesichts der programmatischen Schwäche und der fehlenden Stabilität der neuen Fraktionen ist es fraglich, wie dauerhaft die politischen Mehrheitsverhältnisse in der neuen Staatsduma sind.

## 1. Unterschiede zur Staatsdumawahl 1995

Die Staatsdumawahl vom 19. Dezember 1999 unterschied sich in fünf Punkten von den vorherigen Wahlen: *Erstens* war die Staatsdumawahl 1999 eine Vorstufe zur politisch wichtigeren vorgezogenen Präsidentenwahl am 26. März 2000, doch mit dem Unterschied, daß Jelzin nicht mehr kandidieren kann wie 1996. Die Präsidentenwahl im Jahr 2000 bedeutet eine entscheidende politische Weichenstellung, denn es wird ein Präsident gewählt, der möglicherweise zwei Amtszeiten hat. Er kann somit politische Entwicklungen einleiten, die für acht Jahre gelten. Die Staatsdumawahl war insofern ein Probelauf für die Präsidentenwahl, weil die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten über eine eigene Partei verfügen oder eine politische Bewegung hinter sich haben, die für sie die Wahlkampagne landesweit organisieren. Wenn auch das Abschneiden einer politischen Partei/Bewegung bei der Staatsdumawahl prozentual nicht mit dem Wahlergebnis für deren Vorsitzenden bei der Präsidentschaftswahl identisch ist, so stellt es doch einen gewissen Indikator für die Wahlchancen des Präsidentschaftskandidaten dar.

Ein *zweiter* Unterschied liegt in der veränderten politischen Situation, in der die Wahl stattfindet. Nach der Abwertung des Rubels und der zeitweiligen Einstellung des Schuldendienstes am 17. August 1998, was einer Erklärung des Staatsbankrotts gleichkam, ist die schwache Hoffnung, vielleicht doch noch die Transformation zu einer mehr oder weniger funktionierenden Marktwirtschaft zu schaffen und dadurch eine Verbesserung der Lebenssituation für viele zu erreichen, geschwunden. Die Entlassung von vier Regierungen in anderthalb Jahren durch Jelzin hat das ohnehin schon geringe Vertrauen der Menschen in die politischen Institutionen weiter schwinden lassen. Außenpolitisch hat der Kosovo-Krieg den Russen vor Augen geführt, daß das (von Interkontinentalraketen abgesehen) letzte Statussymbol der verblichenen Supermacht – das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat – nicht mehr greift.

Ein *dritter* Unterschied zur Staatsdumawahl vor vier Jahren besteht darin, daß diesmal keine eigentliche "Partei der Macht" kandidiert. Viel zu spät versuchte die Administration des Präsidenten, mit "Einheit" unter Katastrophenschutzminister Sergej Schoigu, die bei der Wahl unter dem Namen "Bär" firmierte, eine solche Partei zu schaffen.

Nach den von Jelzin seit 1998 ausgelösten Regierungskrisen und angesichts des immer schmäler werdenden föderalen Budgets in Höhe von rund 25 Mrd. US-\$, aus dem auch die finanziellen Zuwendungen an die vielen bedürftigen Föderationssubjekte bezahlt werden müssen, gewinnen – *viertens* – die Regionen immer mehr an Bedeutung. Das zeigt auch die Tatsache, daß in diesem Jahr viele neue politische Blöcke in den Regionen entstanden sind. Sie hatten aber nur dann eine Chance, zur Wahl zugelassen zu werden, wenn sie sich einer Gruppierung anschlossen, die mindestens ein Jahr vor der Dumawahl, also vor dem 19. Dezember 1998 beim russischen Justizministerium registriert wurde.

Die KPRF trat – der *fünfte* Unterschied – diesmal de facto mit drei Listen zur Staatsdumawahl an: mit der offiziellen KPRF-Liste, mit der radikal nationalistischen Liste "Zur Unterstützung



der Armee" und mit der gemäßigt nationalistischen Liste "Geistiges Erbe". Diese Zersplitterung war zudem Ausdruck der Tatsache, daß es bei den Wahlen nicht mehr um die Frontstellung "Demokraten gegen Kommunisten" ging, sondern um die Auseinandersetzung zwischen der "föderalen Nomenklatur" des Systems Jelzin mit der Moskauer Nomenklatur Lushkows.

## **2. Das neue russische Dumawahlgesetz**

Um das neue Dumawahlgesetz gab es ein intensives Tauziehen. Es wurde zweimal vom Föderationsrat und einmal vom Präsidenten mit der Begründung abgelehnt, Wahlen nach Parteilisten seien undemokratisch.<sup>1</sup> Dieser Standpunkt basierte auf dem Umstand, daß bei der Staatsdumawahl 1995 aufgrund des zersplitterten russischen Parteienwesens 43 Parteien, politische Bewegungen bzw. Wahlblöcke antraten, von denen aber nur vier die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnten, die zusammen 50,5 Prozent der Stimmen erhielten. Das bedeutete, daß 49,5 Prozent aller Listenvoten keine Widerspiegelung in der Staatsduma fanden.<sup>2</sup> Schließlich nahmen der Föderationsrat und der Präsident nach Modifikationen u.a. in diesem Punkt ihre Einwände zurück, so daß das neue Wahlgesetz verabschiedet und am 24. Juni 1999 in Kraft<sup>3</sup> treten konnte.

Das neue Wahlgesetz ist umfangreicher (94 statt bisher 72 Paragraphen) und präziser als das bisherige Wahlgesetz vom 21. Juni 1995<sup>4</sup>.

### **2.1 Unverändert gebliebene Bestimmungen**

Folgende wichtige Bestimmungen blieben inhaltlich unverändert:

- allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht (Art. 1);
- das aktive Wahlrecht ab dem 18. und das passive ab dem 21. Lebensjahr (Art. 4).
- Die 450 Abgeordneten der Staatsduma werden wie folgt gewählt: 225 Abgeordnete in Ein-Mann-Wahlkreisen (wobei sich die Größe eines Wahlkreises aus der Bevölkerungszahl ergibt, dividiert durch 225) und 225 Abgeordnete nach dem Proportionalprinzip über Listen. Nach Auskunft des von Präsident Boris Jelzin am 24. März 1999 ernannten neuen Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Alexander Weschnjakow, wurden die Wahlkreise in einigen Landesteilen, wie z.B. in der Republik Dagestan und in der Region Krasnodar, vergrößert und in anderen Teilen des Landes verkleinert, so z.B. in den Gebieten Murmansk und Tschita.<sup>5</sup> Der Grund dafür dürften Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung in diesen Landesteilen sein. Abweichungen von der durch-

---

<sup>1</sup> Boris Krotkow, Die Bösen müssen draußen bleiben, in: Moskauer Deutsche Zeitung, Nr. 7, Juli 1999, S. 2.

<sup>2</sup> Vgl. zur Staatsdumawahl 1995: Eberhard Schneider, Die russische Staatsdumawahl 1995, in: Berichte des BIOst, Nr. 20-1996.

<sup>3</sup> Federal'nyj zakon "O vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 1.7.1999.

<sup>4</sup> Federal'nyj zakon "O vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 28.6.1995.

<sup>5</sup> Rossijskaja gazeta, 10.7.1999.

schnittlichen Zahl der Wahlberechtigten dürfen nach dem "Föderalen Gesetz über die grundlegenden Garantien der Rechte der Wähler und des Rechts auf Teilnahme am Referendum der Bürger der Rußländischen Föderation" (Art. 19, Abs. 3) bis zu 10 Prozent betragen, in abgelegenen Gebieten bis zu 15 Prozent.<sup>6</sup>

- Das Recht, Kandidaten aufzustellen, haben unmittelbar die Wähler sowie die Wählervereinigungen (Parteien, politische Bewegungen, Wahlblöcke) bei geheimer Abstimmung (Art. 6; Art. 38, Abs. 1; Art. 39, Abs. 1).
- Die Wählervereinigungen/Wahlblöcke haben das Recht, denselben Kandidaten sowohl in einem Einzelwahlkreis als auch auf einer Liste aufzustellen (Art. 39, Abs. 9).
- Die Wählervereinigungen/Wahlblöcke haben das Recht, auch Kandidaten, die nicht zu ihren Mitgliedern zählen, sowohl in den Einzelwahlkreisen wie auf ihren Listen aufzustellen (Art. 38, Abs. 11, und Art. 39, Abs. 6).
- Auf der föderalen Liste einer Wählervereinigung dürfen maximal 270 Kandidaten stehen (Art. 39, Abs. 10).
- Für die Registrierung eines von den Wählern direkt aufgestellten Kandidaten müssen Unterschriften von einem Prozent der Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises beigebracht werden (Art. 42, Abs. 2).
- Für die Registrierung eines von einer Wählervereinigung direkt aufgestellten Kandidaten müssen ebenfalls Unterschriften von einem Prozent der Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises beigebracht werden (Art. 42, Abs. 2).
- Vom Tag der Registrierung bis zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse kann sich der Kandidat von seiner Berufstätigkeit freistellen lassen. Er erhält dann von der Wahlkommission einen finanziellen Ausgleich bis zum 10fachen des Mindestlohns (Art. 48, Abs. 1).
- Die Kandidaten haben im staatlichen Fernsehen und Rundfunk das Recht auf kostenlose Wahlkampfsendungen zu gleichen Bedingungen (Art. 55, Abs. 1). Diejenigen Kandidaten oder Wählervereinigungen, die den Einzug in die Staatsduma nicht schaffen, müssen die nicht geringen Kosten für die ihnen während des Wahlkampfes vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellten Sendezeiten in Fernsehen und Rundfunk nach der Wahl dem Staat erstatten. Auch aus diesem Grund waren viele von ihnen an der Bildung von Wahlbündnissen oder Wahlblöcken mit finanziell potenten Partnern interessiert.<sup>7</sup>
- Um eine Chancenungleichheit hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Kandidaten und Listen möglichst zu vermeiden, schreibt das Wahlgesetz die Bildung eines Wahlkampffonds der Kandidaten und Listen vor, definiert dessen Quellen und bestimmt die finanziellen Obergrenzen einiger seiner Geldgeber, die jeweils ein Mehrfaches des Mindestlohns ausmachen werden. Außer aus Mitteln der Wahlkommission, die alle Kandidaten in gleichem Maße erhalten, kann der Kandidat seinem Wahlkampffonds eigene Mittel bis zum 1.000fachen des Mindestlohns zuführen (Art. 62, Abs. 2a). Dem

---

<sup>6</sup> Federal'nyj zakon "Ob osnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendume graždan Rossijskoj Federacii", in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, 1997, Nr. 38, Pos. 4339. In der geänderten Fassung vom 30.3.1999, in: Rossijskaja gazeta, 6.4.1999 (elektronische Fassung).

<sup>7</sup> Neudačniki zaplatjat za vse – den'gami, in: Nezavisimaja gazeta, 27.8.1999.

- Wahlkampffonds einer Wählervereinigung (Liste) dürfen eigene Mittel bis zum 100.000fachen des Mindestlohns zugeführt werden (Art. 62, Abs. 4a).
- Nach wie vor ist es verboten, bestimmte Spenden anzunehmen: aus dem Ausland, weder von juristischen noch natürlichen Personen; von Joint-ventures mit mehr als 30 Prozent Auslandskapitalbeteiligung; von internationalen Organisationen und Bewegungen; von Organen der örtlichen Selbstverwaltung, von Staats- und Kommunalbetrieben, von Einrichtungen und Organisationen der Russischen Föderation; von militärischen Einrichtungen; von Wohlfahrtsverbänden und religiösen Organisationen sowie von anonymen Spendern (Art. 62, Abs. 6).
  - Die Verwendung anderer Finanzmittel ist sowohl den Kandidaten als auch den Wählervereinigungen/Wahlblöcken verboten (Art. 62, Abs. 8).
  - Der Kandidat darf nicht mehr als das 10.000fache, die Wählervereinigungen/Wahlblöcke nicht mehr als das 250.000fache des Mindestlohns aus dem Fonds entnehmen (Art. 62, Abs. 3 und 5).
  - Auf den Wahlzetteln für die Listen und die Direktkandidaturwahl verbleibt die Wahlmöglichkeit, "Gegen alle (föderalen) Kandidaten (Listen)" (Art. 71, Abs. 4 und 5) zu stimmen. Damit soll verhindert werden, daß diejenigen Wähler, die gegen alle Kandidaten (Listen) sind, den Wahlzettel ungültig machen. Vor allem soll aber verhindert werden, daß diejenigen Wähler, die gegen alle Listen bzw. Kandidaten sind, nicht zur Wahl gehen, denn es muß sowohl bei der Listenwahl wie bei der Wahl der Direktkandidaten eine Mindestwahlbeteiligung von 25 Prozent landesweit (bei der Listenwahl) bzw. in den Direktwahlkreisen (bei der Einzelkandidatur) erreicht werden, damit die Wahl rechtlich gültig ist (Art. 79, Abs. 2a; Art. 80 Abs. 11a). Wenn die Zahl der Stimmen, die der Kandidaten mit den meisten Stimmen – im Vergleich zu den anderen Kandidaten – erhalten hat, geringer ist als die Zahl der Stimmen bei "Gegen alle Kandidaten", ist die Wahl ungültig (Art. 79, Abs. 26).

## 2.2 *Neue Bestimmungen*

Neu in das Wahlgesetz wurden folgende Bestimmungen aufgenommen:

- Wählervereinigungen, die sich an der Staatsdumawahl beteiligen wollen, müssen spätestens ein Jahr vor dem Wahltermin beim russischen Justizministerium registriert worden sein (Art. 32), nach dem alten Wahlgesetz nur sechs Monate vor der Wahl. Durch die Verdopplung der Registrierungsfrist wird es neuen Wählervereinigungen erschwert, sich an der Wahl zu beteiligen. Wählervereinigungen können diese neue Hürde dadurch nehmen, daß sie als Mitglied eine – notfalls kleine – Partei oder Bewegung aufnehmen, die rechtzeitig registriert wurde. Über deren "Ticket" kann sich dann der ganze Wahlblock an der Wahl beteiligen. Rechtzeitig vor dem 19. Dezember 1998 registrierten sich 139 Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wählervereinigungen beim russischen Justizministerium.<sup>8</sup>
- Kandidaten müssen bei der Unterschriftensammlung zwecks Aufstellung eventuelle Vorstrafen und die Paragraphen des Strafgesetzbuchs, nach denen sie bestraft wurden,

---

<sup>8</sup> Rossijskaja gazeta, 30.7.1999.

angeben (Art. 37, Abs. 8; Art. 42, Abs. 3; Art. 43, Abs. 5). Die Wahlkommission ist verpflichtet, diese Information an die Wähler weiterzuleiten.

- Die Wählervereinigungen zerlegen ihre föderale Liste ganz oder teilweise in regionale Gruppen, die sich auf Föderationssubjekte oder Teile von ihnen beziehen. Auf demjenigen Teil der föderalen Listen einer Partei/Wählervereinigung, der die nicht regionalen Gruppen zugeordneten Kandidaten enthält, dürfen nicht mehr als 18 Kandidaten stehen, 1995 waren nur 12 erlaubt (Art. 39, Abs. 8). Diese frühere Vorschrift, die ein Übergewicht des Zentrums bei den Kandidaten verhindern sollte, ist etwas gelockert worden.
- Einige Obergrenzen im Wahlkampffonds (*izbiratel'nyj fond*) wurden erhöht: Dem Wahlkampffonds eines *Direktwahlkandidaten* darf die Wählervereinigung nun das 5.000fache statt des bisher zulässigen 1.500fachen des Mindestlohns zur Verfügung stellen (Art. 62, Abs. 2b). Natürliche Personen dürfen dem Wahlkampffonds eines Direktkandidaten nun das 100fache statt des bisher 20fachen und juristische Personen das 2.000fache statt des bisher 200fachen des Mindestlohns als Höchstbetrag spenden. Dem Wahlkampffonds einer *Wählervereinigung* dürfen natürliche Personen nun das 150fache statt des bisherigen 30fachen und juristische Personen das 20.000fache statt des bisher 2.000fachen des Mindestlohns als Höchstbetrag zukommen lassen (Art. 62, Abs. 4b). Nach einer Vorschrift der Zentralen Wahlkommission betragen die Obergrenzen für den Wahlkampffonds eines Direktkandidaten wie folgt: Mittel des Kandidaten: 166.980 Rubel (nach dem Kurs vom 2.8.1999<sup>9</sup> 12.631 DM), Mittel der Wählervereinigung, die den Kandidaten aufgestellt hat: 834.000 Rubel (63.086 DM), Spende einer natürlichen Person: 16.698 Rubel (1.263 DM), Spende einer juristischen Person, die vor dem 19. Dezember 1998 registriert sein muß: 333.960 Rubel (25.262 DM). Für den Wahlkampffonds einer Wählervereinigung wurden folgende konkrete Obergrenzen festgesetzt: Eigene Mittel der Wählervereinigung: 16.698.000 Rubel (1.263.086 DM), freiwillige Spende einer juristischen Person 3.339.600 Rubel (252.617 DM). Die Entnahmen aus dem Wahlkampffonds dürfen 41.475.000 Rubel (3.137.291 DM) nicht übersteigen.<sup>10</sup>
- Verboten ist jetzt die Annahme von Spenden juristischer Personen mit mehr als 30prozentiger staatlicher oder kommunaler Beteiligung (Art. 62, Abs. 6).
- Für die Registrierung eines Kandidaten oder einer Wählervereinigung kann entweder eine Unterschriftenliste oder eine Wahlsicherheitssumme (*izbiratel'nyj zalog*) hinterlegt werden. (Art. 45, Abs. 5), die beim Kandidaten das 1.000fache des Mindestlohns und bei der Wählervereinigung das 25.000fache des Mindestlohns beträgt. Diese Wahlsicherheitssumme darf ausschließlich aus Mitteln des Wahlkampffonds entnommen werden (Art. 64). Die Wahlsicherheitssumme kann unter Umständen verloren sein. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Alexander Weschnjakow, erklärte: "Wenn ein registrierter Kandidat nicht gewählt wurde und weniger als fünf Prozent der Gesamtwählerstimmen auf sich vereinigt hat und die Wählervereinigung oder der Block nicht an der Mandatsverteilung teilgenommen haben und weniger als drei Prozent der Wählerstimmen erhielten, wird die Summe nicht zurückgezahlt, sondern an das Budget überwiesen."<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Rossijskaja gazeta, 3.8.1999.

<sup>10</sup> Kommersant-Daily, 31.8.1999.

<sup>11</sup> Boris Krotkow, a.a.O., S. 2.

- Das Staatsdumawahlgesetz enthält eine Darlegung der Rechte ausländischer Wahlbeobachter (Art. 30).
- Jeder Kandidat ist verpflichtet, Auskunft über seine Vermögensverhältnisse – Grundstücke, Häuser, Wohnungen, Datschen, Garagen, Pkws – (Art. 66, Abs. 2a und Anlage 4) zu geben. Die Wahlkommission hat das Recht, die Angaben über die Vermögensverhältnisse zu überprüfen. Diese Informationen sollen ebenfalls an die Wähler weitergegeben werden.
- Es ist verboten, Wähler durch Geldzahlungen, Geschenke oder sonstige materielle Leistungen zu kaufen (Art. 60, Abs. 2).
- Die rechtliche Gültigkeit der Abstimmung über föderale Listen wurde neu gefaßt. Dabei wurde die Sperrklausel von fünf Prozent für den Einzug einer Wählervereinigung in die Staatsduma etwas aufgeweicht: Wenn mindestens zwei föderale Kandidatenlisten fünf und mehr Prozent der Wählerstimmen und insgesamt mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten, nehmen nur diese beiden föderalen Listen an der Verteilung der Mandate teil. Föderale Kandidatenlisten, die weniger als fünf Prozent der Wählerstimmen erhielten, nehmen in diesem Fall nicht an der Mandatsverteilung teil. Wenn dagegen föderale Kandidatenlisten fünf und mehr Prozent der Wählerstimmen erhielten, aber zusammen nur 50 oder weniger Prozent der abgegebenen Stimmen erreichen, nehmen an der Verteilung der Mandate zusätzlich in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen auch diejenigen Listen teil, die weniger als fünf Prozent, aber mehr als drei Prozent der Stimmen erhielten, und zwar bis 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht sind. Wenn eine föderale Kandidatenliste mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen erhielt, die übrigen föderalen Kandidatenlisten aber weniger als fünf Prozent der Wählerstimmen, nimmt zusätzlich an der Mandatsverteilung die stärkste der unter fünf Prozent liegenden föderalen Kandidatenlisten teil. Die übrigen Listen, die weniger als fünf Prozent der Stimmen erhielten, werden nicht berücksichtigt (Art 80, Abs. 3-5). Durch diese Regelung ist sichergestellt, daß erstens mindestens 50 Prozent der für Listen abgegebenen Stimmen bei der Mandatsverteilung in der Staatsduma berücksichtigt werden. Zweitens wird durch diese neue Bestimmung gewährleistet, daß in dem wohl kaum zu erwartenden Fall, daß nur eine einzige Liste mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten sollte, nicht nur eine Wählervereinigung durch Abgeordnete in der Staatsduma vertreten ist, sondern auch eine zweite Liste.

### **3. Zur Staatsdumawahl zugelassene Parteien, Bewegungen und Blöcke**

Die zentrale Wahlkommission ließ folgende 28 Parteien, Wählervereinigungen, Bewegungen und Blöcke zu. Ihre Rangfolge wurde durch Losverfahren ermittelt.<sup>12</sup> Zusätzlich wird in der folgenden Tabelle mitgeteilt, ob die Registrierung durch Sammlung von 200.000 Unterschriften erfolgte oder durch Hinterlegung einer Wahlsicherheitssumme. Die 28 Parteien und Blöcke stellten insgesamt rund 3.700 Kandidaten auf.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Kommersant-Daily, 4.11.1999. Nezavisimaja gazeta, 10.11.1999. Mitteilung der Zentralen Wahlkommission.

<sup>13</sup> ITAR-TASS, russ., 19.12.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 22.11.1999, S. 7 f.

Tabelle 1: Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien

Nr.	Partei/Bewegung/Block/Wählervereinigung	Anzahl Listen- kandi- daten	Anzahl Direkt- kandi- daten	Registrierung durch
1	"Konservative Bewegung Rußlands"	87	2	Geld
2	"Rußländischer gesamtnationaler Bund"	219	69	Unterschriften/Geld
3	"Frauen Rußlands"	98	21	Unterschriften
4	"Stalinscher Block – für die UdSSR"	203	30	Geld
5	"Jabloko"	175	135	Unterschriften
6	"Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion"	270	78	Unterschriften
7	"Frieden, Arbeit, Mai"	125	36	Geld
8	"Block General Andrej Nikolajew und Akademiemitglied Swjatoslaw Fjodorow"	247	133	Geld
9	"Geistiges Erbe"	158	225	Unterschriften
10	"Kongreß russischer Gemeinden und Bewegung Jurij Boldyrew"	188	86	Geld
11	"Partei des Friedens und der Einheit"	125	19	Geld
12	"Rußländische Partei zum Schutz der Frauen"	20	-	Geld
13	"Bär"	181	42	Unterschriften/Geld
14	"Sozialdemokraten"	61	15	Geld
15	"Zur Unterstützung der Armee"	167	29	Geld
16	"Block Shirinowskij"	84	-	Geld
17	"Für Bürgerwürde"	90	20	Geld
18	"Vaterland – Ganz Rußland"	255	78	Unterschriften
19	"Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation"	270	140	Unterschriften
20	"Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache"	89	18	Geld
21	"Gesamtrussische politische Partei des Volkes"	48	-	Geld
22	"Union rechter Kräfte"	192	109	Unterschriften
23	"Ökologische Partei Rußlands 'Zeder'" (Grüne)	89	93	Geld
24	"Unser Haus Rußland"	255	78	Unterschriften
25	"Sozialistische Partei Rußlands"	72	17	Geld
26	"Partei der Rentner"	75	62	Unterschriften/Geld
27	"Russische sozialistische Partei"	199	147	Unterschriften
28	"Rußländische Konservative Partei der Unternehmer"	-	-	-



Während zur Wahl der ersten Staatsduma am 12. Dezember 1993 nur 13 Parteien, Bewegungen und Blöcke angetreten waren, waren es bei der zweiten Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995 bereits 43<sup>14</sup>. Die Reduzierung auf 28 bedeutet eine Abnahme um ein Drittel. Das könnte ein kleiner Schritt zur Entwicklung eines vernünftigen Parteiensystems sein. Wie in den beiden vorausgegangenen Wahlen stammen nur wenige Listen von wirklichen Parteien. Die meisten Bewerber sind Bewegungen, Wählervereinigungen und Wahlblöcke. Das ist ein Spezifikum des russischen politischen Systems.<sup>15</sup>

Im folgenden werden die zur Staatsdumawahl zugelassenen Parteien mit ihren Spitzenkandidaten in der Reihenfolge von Tabelle 1 kurz vorgestellt.<sup>16</sup> Die politische Einordnung wichtiger Parteien, Bewegungen, Blöcke und Wahlbündnisse kann obigem Koordinatensystem entnommen werden.

### **3.1 Kurzbeschreibung der zugelassenen Parteien**

#### *3.1.1 "Konservative Bewegung Rußlands"*

Ziel dieser Bewegung, die im April 1998 registriert wurde, ist der Aufbau des russischen Wirtschaftssystems in Richtung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Das Wahlsystem soll sich an den Erfahrungen des russischen Semstwo-Systems orientieren. Spitzenkandidaten waren: Lew Uboshko (Jg. 1933, Hochschulbildung, ehemaliger Dissident und langjähriger GULAG-Häftling, Vorsitzender der Bewegung), Wladimir Burenin (Jg. 1945, Rektor der Handelshochschule des russischen Handelsministeriums) und Andrej Tischkow (Jg. 1961, Hochschulbildung, Präsident der Vereinigung der Kleinunternehmer des Gebiets Moskau).

#### *3.1.2 "Rußländischer gesamtnationaler Bund"*

Der Bund, der sich inzwischen Partei nennt, wurde bereits 1992 als Bewegung registriert. Spitzenkandidaten waren der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende und Vorsitzende des Bundes, Sergej Baburin (geb. 1959), der gemäßigt nationalistische Positionen vertritt, Nikolaj Leonow (geb. 1928, Professor am Moskauer "Institut für internationale Beziehungen" des russischen Außenministeriums) und Nikolaj Pawlow (geb. 1951, Hochschulbildung, Berater Baburins und Stellvertretender Vorsitzender des Bundes). Bei den Staatsdumawahlen 1995 erhielt der Bund 1,61 Prozent der Stimmen bei der Listenwahl und neun Mandate bei der

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu: Eberhard Schneider, Die russische Staatsdumawahl 1995, in: Berichte des BIOst, Nr. 20-1996.

<sup>15</sup> Zum Parteiensystem vgl.: Eberhard Schneider/Heinrich Vogel, Strukturschwächen der russischen Innenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 42/1999 vom 15.10.1999, S. 3-13, bes. S. 6 f.

<sup>16</sup> Hauptquellen: Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Hrsg.), Obščerossijskie izbiratel'nye ob-edinenija nakanune vyborov deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii tret'ego sozyva. Spravočnik, Moskau 1999; Informacionno-ekspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), Vyборы – 99. Čast' I: Izbiratel'nyj mehanizm, itogi prežnich vyborov po regionam, izbiratel'nye ob-edinenija, izbiratel'nye komissii, Moskau 1999; Datenbank "Labirint" der Informations-Expertengruppe "Panorama".



Direktwahl. In der Staatsduma trat der Bund der KPRF-nahen Gruppe "Volksmacht" bei, die vom letzten sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Ryshkow geleitet wird.

### 3.1.3 "Frauen Rußlands"

Die Bewegung "Frauen Rußlands", deren Registrierung bereits 1993 erfolgte, ging aus dem ehemaligen "Komitee sowjetischer Frauen" hervor, dessen Nachfolgeorganisation die "Union der Frauen Rußlands" wurde. Bei der Staatsdumawahl 1993 erhielt sie 8,13 Prozent oder 21 Mandate. 1995 halbierte sich ihr Stimmenanteil auf 4,61 Prozent, so daß sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnte. Allerdings errang sie drei Direktmandate. Spitzenkandidatinnen waren: Alewtina Fedulowa (Jg. 1940, Hochschulbildung, 1994/95 Stellvertretende Staatsdumavorsitzende, Vorsitzende der "Union der Frauen Rußlands"), Galina Karelowa (Jg. 1950, Hochschulbildung, Stellvertretende Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung) und Nina Wesselowa (Jg. 1951, Hochschulbildung, Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Textil- und Leichtindustrie des Gebiets Moskau).

### 3.1.4 "Stalinscher Block – für die UdSSR"

Dieser Block besteht aus der Bewegung "Werktägliches Rußland" ("Trudovaja Rossija") mit dem Vorsitzenden Viktor Anpilow (Jg. 1945, Hochschulbildung, Gründungsredakteur der Zeitung "Molnija"), der nationalistischen "Union der Offiziere" mit dem Vorsitzenden Stanislaw Terechow (Jg. 1955, Hochschulbildung, Chefredakteur der Zeitung "Union der Offiziere") und der rechtskonservativen Bewegung "Union" unter dem Vorsitzenden Jewgenij Dshugaschwili (Jg. 1936, Hochschulbildung, Rentner), einem Enkel Stalins. Sie wurden auch die Spitzenkandidaten des Blocks.

### 3.1.5 "Jabloko"

#### Gründung und Organisation

Der "Block Jawlinskij–Boldyrew–Lukin", abgekürzt "Jabloko"<sup>17</sup>, entstand im Oktober 1993 als Vereinigung der drei Politiker Grigorij Jawlinskij, Jurij Boldyrew und Wladimir Lukin auf der Grundlage der "Republikanischen Partei der Russischen Föderation" und der "Sozialdemokratischen Partei Rußlands". Beide Parteien sowie Boldyrew haben "Jabloko" inzwischen verlassen.

"Jabloko" mit 10.000-15.000 Mitgliedern und Regionalorganisationen in 75 Föderationssubjekten ist keine Partei, sondern eine gesellschaftliche Organisation, auf deren Liste auch Mitglieder anderer Parteien und Bewegungen kandidieren können, wenn sie dem Programm von "Jabloko" zustimmen. Die herausragende Führungsfigur ist der Wirtschaftswissenschaftler Jawlinskij, der 1990 Stellvertretender russischer Regierungschef war und ein Jahr später am "500-Tage"-Programm zur Einführung der Marktwirtschaft mitarbeitete, das aber von Gorba-

---

<sup>17</sup> Vgl. zu "Jabloko": Galina Luchterhandt, "Jabloko" vor den Dumawahlen, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 44/1999.

tschow nicht akzeptiert wurde. Die obersten Führungsorgane sind der Zentralrat (58 Mitglieder) und das Ratsbüro (12 Mitglieder).<sup>18</sup>

#### Programmatik

Sein Wahlprogramm faßte "Jabloko" folgendermaßen zusammen<sup>19</sup>:

- Termingerechte Zahlung der Renten. Anhebung der Einkommen der Bevölkerung entsprechend dem Anstieg der Preise;
- Wiedereinführung der kostenlosen Krankenversorgung und Bildung;
- Senkung der Steuern um das Anderthalb- bis Zweifache;
- Formel für die äußere Sicherheit Rußlands: notwendiger atomarer Schild plus notwendige Luftabwehr plus mobile Kampftruppen;
- Lösung des Problems der Auslandsschulden Rußlands.

#### Parlamentsarbeit

"Jabloko" kritisiert scharf den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs von Präsident und Regierung. Bis zur Gründung der Bewegung "Unser Haus Rußland" als "Partei der Macht" enthielt sich "Jabloko" meist der Stimme bei den Mißtrauensabstimmungen über die Regierung. Danach stimmte "Jabloko" zweimal für einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Tschernomyrdin im Juni und im Juli 1995. Deutlich sprach sich "Jabloko" gegen den Tschetschenien-Krieg aus. 37 von 46 Mitgliedern der Fraktion befanden Jelzin bei der Abstimmung am 15. Mai 1999 im Rahmen des Impeachmentverfahrens für schuldig, den Tschetschenien-Krieg – einer der fünf Anklagepunkte im Impeachmentverfahren – entfesselt zu haben. Am 19. Mai 1999 stimmten 24 Abgeordnete für Stepaschin als neuen Regierungschef. Drei stimmten gegen ihn.

#### Spitzenkandidaten

Die Spitzenkandidaten<sup>20</sup> von "Jabloko" waren der Vorsitzende Jawlinskij, der Vorsitzende des Staatsdumakomitees für internationale Beziehungen, Wladimir Lukin, und der Stellvertretende Vorsitzende von "Jabloko" sowie des Staatsdumakomitees für GUS-Fragen, Wjatscheslaw Igrunow.

#### 3.1.6 *"Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion"*

Diese Bewegung wurde im August 1998 registriert und verfolgt die Wiederherstellung der UdSSR auf freiwilliger Grundlage. Spitzenkandidaten waren Viktor Tjulkin (Jg. 1951, Hochschulstudium, Vorsitzender der "Russischen kommunistischen Arbeiterpartei" [RKAP], die

---

<sup>18</sup> Ustav obščerossijskoj političeskoj obščestvennoj organizacii "Ob-edinenie jabloko", utveržden VI S-ezdom 15 marta 1998 g., Moskau 1998.

<sup>19</sup> Tezisy k programme "Jabloko" na vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy 1999 goda. Moskau 1999, S. 36.

<sup>20</sup> Kommersant, 11.9.1999.

bei der letzten Staatsdumawahl mit 4,53 Prozent beinahe die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen hätte), Anatolij Krjutschkow (Jg. 1944, Hochschulbildung, Vorsitzender der "Russischen Partei der Kommunisten", die die russische Gesellschaft auf den sozialistischen Entwicklungsweg zurückführen, den Marxismus-Leninismus wieder zur führenden Ideologie erheben und das System der Sowjets wieder einführen möchte<sup>21</sup>) und Wladislaw Assejew (Jg. 1939, technische Mittelschulbildung, Parteisekretär der RKAP des Gebiets Kursk).

### 3.1.7 *"Frieden, Arbeit, Mai"*

Politische Rückschlüsse auf diesen Wahlblock kann man nur über dessen Spitzenkandidaten ziehen: Alexander Burkow (Jg. 1967, Hochschulbildung, Mitglied des Komitees für Wirtschaftspolitik, Budget, Finanzen und Steuern der Vertreter der Gesetzgebenden Versammlung des Gebiets Swerdlowsk, Vorsitzender des Industrieparlaments des Gebiets Swerdlowsk<sup>22</sup>), Walerij Truschnikow (Jg. 1950, Hochschulbildung, Stellvertretender Vorsitzender der Duma des Gebiets Swerdlowsk) und Alexander Tatarkin (Jg. 1946, Wissenschaftler am Wirtschaftsinstitut der Abteilung Ural der Russischen Akademie der Wissenschaften). Bei dieser Liste handelt es sich praktisch um eine Regionalliste des Gebiets Swerdlowsk, deren Vertreter offensichtlich marktwirtschaftliche Positionen vertreten.

### 3.1.8 *"Block General Andrej Nikolajew und Akademiemitglied Swjatoslaw Fjodorow"*

Zu diesem Block fanden sich der ehemalige Direktor des Föderalen Grenzdienstes, Armeegeneral Andrej Nikolajew, und das Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Swjatoslaw Fjodorow, zusammen. Nikolajew (Jg. 1949) war im Dezember 1997 wegen Differenzen mit Jelzin von seinem Amt zurückgetreten. Im April 1998 wurde er in die Staatsduma nachgewählt und gründete dann die Bewegung "Union für Volksmacht und Arbeit". Nikolajew tritt mit seiner Bewegung mittelfristig für die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems ein, was aber erst möglich ist, wenn Rußland über ein stabiles Parteiensystem verfügt. Außenpolitisch hält die Bewegung Deutschland (in Europa), China (in Asien) und die USA für die wichtigsten Partnerländer Rußlands.<sup>23</sup> Swjatoslaw Fjodorow (Jg. 1927) ist Abgeordneter der Staatsduma, ein weltberühmter Augenchirurg und Vorsitzender der "Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen", die bei der letzten Staatsdumawahl 3,98 Prozent der Stimmen bekam. Diese Partei tritt für die Selbstverwaltung in der Wirtschaft in allen Eigentumsformen und für die örtliche sowie gesellschaftliche Selbstverwaltung auf allen Ebenen ein. Die dritte Spitzenkandidatin war die Präsidentin der Vereinigung der Unternehmerinnen Rußlands, Tatjana Maljutina.

---

<sup>21</sup> Eberhard Schneider, Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland, Köln 1994, S. 27 f., 171.

<sup>22</sup> Informacionno-ekspertnaja gruppa "Panorama" (Hrsg.), Deputaty organov predstavitel'noj vlasti sub-ektov Rossijskoj Federacii. Moskau 1999, S. 337.

<sup>23</sup> Äußerung Nikolajews dem Autor gegenüber im April 1999.

### *3.1.9 "Geistiges Erbe"*

Diese Bewegung wurde 1995 von Aleksej Podberjoskin, KPRF-Chef Gennadij Sjuganow und vom Staatsdumavorsitzenden Gennadij Selesnjow gegründet. Im politischen Spektrum Rußlands steht sie zwar links wie die KPRF, vertritt aber stärker nationalistische Positionen, wenn auch in gemäßiger Form. Podberjoskin (Jg. 1953, bis 1990 leitender Wissenschaftler am Moskauer "Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" der Russischen Akademie der Wissenschaften) ist Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für internationale Beziehungen und Vorsitzender der Bewegung. 1995 kandidierte die Bewegung auf der Liste der KPRF; Mitte 1999 machte sie eine eigene Liste auf. Deswegen wurde Podberjoskin im August 1999 aus der KPRF-Fraktion ausgeschlossen. Weitere Spitzenkandidaten waren Pjotr Proskurin (Jg. 1928, Hochschulbildung, Kovorsitzender des russischen Schriftstellerverbands) und Walerij Worotnikow (Jg. 1945, Hochschulbildung, bis 1991 leitend im KGB tätig, Vorsitzender des Unterkomitees für wirtschaftliche Sicherheit des Staatsdumakomitees für Sicherheit).

### *3.1.10 "Kongreß russischer Gemeinden und Bewegung Jurij Boldyrew"*

Zu dieser Liste schlossen sich die 1993 gegründete Bewegung "Kongreß russischer Gemeinden" (KRG) und die Bewegung Jurij Boldyrew (Jg. 1960) zusammen. 1995 stellte KRG als Spitzenkandidaten den Präsidenten der Föderation der Warenproduzenten Rußlands, Jurij Skokow, der von 1992 bis 1993 Sekretär des Sicherheitsrats war, und Alexander Lebed auf. Die Bewegung errang 4,31 Prozent – sie wäre beinahe in die Staatsduma eingezogen – und fünf Direktmandate. Boldyrew – Mitbegründer von "Jabloko", der sich aber bald vom "Jabloko"-Vorsitzenden Grigorij Jawlinskij trennte – ist Stellvertretender Vorsitzender des russischen Rechnungshofs und Spitzenkandidat der gemeinsamen Liste. Weitere Kandidaten waren der KRG-Vorsitzende Dmitrij Rogosin (Jg. 1963, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Nationalitätenangelegenheiten) und Viktor Gluchin (Jg. 1946, Hochschulbildung, Vorsitzender des Internationalen Kongresses der Industriellen und Unternehmer).

### *3.1.11 "Partei des Friedens und der Einheit"*

Diese Partei wurde zwei Tage vor Registrierungsfristende (17.12.1998) für die Staatsdumawahl vom 19. Dezember 1999 beim russischen Justizministerium registriert. Vorsitzende ist die linksradikale Sashi Umalatowa (Jg. 1953, Hochschulbildung). 1993 verteidigte sie den damaligen Sitz des Volksdeputiertenkongresses, das Weiße Haus, gegen Jelzin. Der KPRF warf sie vor, mit Jelzin zusammenzuarbeiten. Weitere Spitzenkandidaten waren der St. Petersburger Schauspieler Viktor Stepanow (Jg. 1947, Hochschulbildung) und der Rentner Nikolaj Antoschkin (Jg. 1942, Hochschulbildung).

### *3.1.12 "Rußländische Partei zum Schutz der Frauen"*

Neben der Bewegung "Frauen Rußlands" trat eine zweite Frauenliste an. Die Frauenpartei wurde im September 1998 registriert. Als Spitzenkandidatinnen wurden nominiert: die Parteivorsitzende Tatjana Roschina (Jg. 1954, Hochschulbildung, Leiterin der staatlichen Einrich-

tung "Kontroll- und Revisionsverwaltung des Komplexes Perspektiventwicklung der Stadt"), Shanna Machowa (Jg. 1958, Hochschulbildung, Direktorin der Firma "Atlas Ltd.") und Irina Kremenez (Jg. 1950, Hochschulbildung, Vizepräsidentin von "Glawmostroj"). Aus den Biographien der Spitzenkandidatinnen kann möglicherweise geschlossen werden, daß diese Frauensektion stärker marktwirtschaftlich orientiert ist als die Bewegung "Frauen Rußlands".

### 3.1.13 "Bär"

"Bär" ist der Listenname von "Einheit". Unter diesem Namen bildete sich Ende September 1999 ein neuer Block von 31 Gouverneuren und verschiedenen kleineren politischen Bewegungen, der vom Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen, Sergej Schojgu (Jg. 1955), geleitet wird und der bis heute kein politisches Programm vorgelegt hat.<sup>24</sup> Diese Bewegung wurde von der Administration des Präsidenten initiiert und sollte sich mit Tschernomyrdins "Unser Haus Rußland" verbünden. Aber aufgrund programmatischer Differenzen kam das angestrebte Bündnis nicht zustande. Als Spitzenkandidaten wurden Schojgu, der Olympiasieger im Ringen, Alexander Karelin (Jg. 1967, Hochschulbildung, Spezialist im Föderalen Dienst der Steuerpolizei Rußlands) und Alexander Gurow (Jg. 1945, Hochschulbildung, Leiter des "Gesamtrussischen Wissenschaftlichen Forschungsinstituts" des russischen Innenministeriums) aufgestellt.

### 3.1.14 "Sozialdemokraten"

Die Bewegung "Sozialdemokraten", die am 18. Dezember 1998 registriert wurde, wird vom ehemaligen Moskauer Oberbürgermeister Gawriil Popow geleitet. Diese Bewegung, die sozialdemokratische Werte vertritt, war nicht in der Lage, wenigstens drei Spitzenkandidaten zu benennen.

### 3.1.15 "Zur Unterstützung der Armee"

Die "Bewegung zur Unterstützung der Armee, der Verteidigungsindustrie und der Kriegswissenschaft", wie sie im vollen Titel heißt, wird von radikalen nationalistischen Kommunisten geführt, die gleichzeitig Spitzenkandidaten waren: Viktor Iljuchin (Jg. 1949, Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Sicherheit und Vorsitzender der Bewegung), Generaloberst a.D. Albert Makaschow (Jg. 1938, Putschist vom Oktober 1993 und Mitglied des Staatsdumakomitees für Verteidigung sowie Erster Stellvertretender Vorsitzender der Bewegung) und Jurij Saweljew (Jg. 1937, Rektor der Baltischen Staatlichen Technischen Universität). Makaschow wurde im vergangenen Jahr unrühmlich durch seine antisemitischen Äußerungen bekannt. Der KPRF-Chef distanzierte sich von den antisemitischen Ausfällen Makaschows erst spät und nur halbherzig. Bis heute gehören Iljuchin und Makaschow der KPRF-Fraktion an. Im September vereinbarte Sjuganow mit Iljuchin, daß die KPRF und die Bewegung im Vorfeld der Staatsdumawahl in den Regionen eng zusammenarbeiten: Das erstreckt sich bis zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten.

---

<sup>24</sup> Zu Schojgu vgl. Bernd Knabe, Katastrophenminister Schojgu als Rettungsanker des Jelzin-Regimes?, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 39/1999.

### 3.1.16 "Block Shirinowskij"

Die Liste der "Liberal-demokratischen Partei Rußlands" (LDPR) Wladimir Shirinowskij wurde zur Staatsdumawahl nicht zugelassen, weil der zweite Spitzenkandidat, Anatolij Bykow, Direktor des Krasnojarsker Aluminiumwerks und Kontrahent Lebeds mit angeblichen Mafiaverbindungen, unvollständige Angaben zu seinen Einkommensverhältnissen gemacht hatte. Shirinowskij stellte daraufhin umgehend eine neue Liste mit dem Namen "Block Shirinowskij" auf, die er anführte und die von der Zentralen Wahlkommission registriert wurde. Weitere Spitzenkandidaten nach Shirinowskij (Jg. 1946) waren Oleg Finko (Jg. 1941, Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Informationspolitik) und Jegor Solomatin (Jg. 1964, Mitglied des Staatsdumakomitees für Geopolitik). Die Registrierung dieser kurzfristig neu vorgelegten Liste wurde möglich, weil sich zu ihr zwei Organisationen zusammenschlossen, die bereits vor dem 19. Dezember 1998 registriert worden waren: die Jugendorganisation der LDPR und die "Partei der geistigen Wiedergeburt Rußlands", die von Shirinowskij's Frau geleitet wird.

### 3.1.17 "Für Bürgerwürde"

Diese Bewegung wurde im Herbst 1998 gegründet und steht unter der Leitung von Ella Pamfilowa (Jg. 1953, Hochschulbildung, Mitglied des Staatsdumakomitees für Sicherheit). Von 1992 bis 1994 war sie Ministerin für Sozialschutz der Bevölkerung. 1994 wurde sie – neben Jegor Gajdar – Kovorsitzende der demokratischen Bewegung "Wahl Rußlands". Weitere Spitzenkandidaten waren: Alexander Dandukow (Jg. 1954, Hochschulbildung, Vorsitzender des Rats der Direktoren der Firma "OKB A.S. Jakowlewa") und Anatolij Schkirko (Jg. 1947, Hochschulbildung, Vorsitzender der "Gesamtrussischen Union der Invaliden der Inneren Truppen, der Streitkräfte, der Grenztruppen, der Sicherheitstruppen, des Sports und der Rechtsschutzorgane").

### 3.1.18 "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR)

Von allen neuen Bewegungen und Blöcken, die in Rußland in den letzten beiden Jahren entstanden sind, war "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR) unter dem Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow die wichtigste politische Initiative, weil sie den stärksten Zulauf aufwies und die größte Aufmerksamkeit erregte.

#### Gründung und Organisation

Die Bewegung "Vaterland" wurde vom Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow im Herbst 1998 gegründet und am 19. Dezember 1998 beim russischen Justizministerium unter der Nummer 3641 registriert.<sup>25</sup> Laut Statut, das auf dem Gründungskongreß am 19. Dezember 1998 angenommen wurde, ist das oberste Organ der Kongreß, der mindestens alle zwei

---

<sup>25</sup> Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Hrsg.), Obščerossijskie izbiratel'nye ob-edinenija nakanune vyborov deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii tret'ego sozyva. Spravočnik, Moskau 1999, S. 162.

Jahre stattfinden muß. Er wählt den Vorsitzenden der Organisation – es ist Lushkow – und den Zentralrat als höchstes Organ zwischen den Kongressen.

Am 22. April 1999 formierte sich die regionale Gruppierung mit dem Namen "Ganz Rußland" unter der Leitung von 16 einflußreichen Regionalpolitikern, wie z.B. der Präsidenten von Tatarstan (Mintimer Schajmijew), Baschkortostan (Murtasa Rachimow) und Inguschetien (Ruslan Auschew), des Oberbürgermeisters von St. Petersburg (Wladimir Jakowlew) und der Gouverneure von Chabarowsk, Astrachan, Omsk, Perm und des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen. Ein Hauptorganisator dieses neuen Blocks ist der Vorsitzende der Staatsdumagruppe "Russische Regionen", Oleg Morosow. Hinter dieser Gruppierung stehen Kapitalgruppen aus dem Öl- und Gasbereich.

Nach dem Anschluß von "Ganz Rußland" an "Vaterland" nennt sich Lushkows Bewegung nun "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR). Davon profitieren beide Bewegungen: "Ganz Rußland" konnte allein zur Wahl nicht antreten, weil diese Gruppierung erst nach dem Ende der Registrierungsfrist am 19. Dezember 1998 entstanden ist. Lushkow seinerseits verbessert durch die Hinzunahme der regionalen Gruppierung "Ganz Rußland" seine geringe Popularität in den Regionen.

Nach eigenen Angaben zählte "Vaterland" Mitte September 1999 380.000 Mitglieder, von denen 20 Prozent jünger als 30 Jahre und 40 Prozent jünger als 45 Jahre waren.<sup>26</sup>

#### Programmatik

Als oberste Werte bezeichnet VGR "Freiheit, Gesetz, Eintracht". In ihrem Manifest von Mitte April 1999 bekennt sich "Vaterland" zu sozialdemokratischen Werten. Die Wahlplattform von VGR<sup>27</sup> besteht aus sechs Kapiteln mit den Überschriften: "Sozialstaat für den Menschen", "Kultur und geistige Werte einer gesunden Gesellschaft", "Effiziente Organisation der Macht", "Staat und föderative Beziehungen", "Bedingungen des sozioökonomischen Wachstums", "Reform des Gesetzgebungsprozesses". In diesen Kapiteln werden 142 gesetzgeberische Initiativen, sozusagen in Form eines Aktionsprogramms, aufgelistet und kurz beschrieben, die die VGR in die neue Staatsduma einbringen möchte – insofern ist die Wahlplattform präzise. In der Einleitung wird erklärt, daß sich VGR für eine Erweiterung der Kompetenzen der Staatsduma einsetzen werde. Priorität in der parlamentarischen Arbeit werden die konsequente Entwicklung der föderalen Beziehungen, die Stärkung des Staats und die Schaffung rechtlicher Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum haben.

In der *Sozialpolitik* strebt VGR folgende Ziele an: Anhebung der Einkommen der Bevölkerung, Unterstützung der Familien sowie der alleinerziehenden Frauen, Verbesserung der Situation der Rentner sowie der gesundheitlichen Versorgung und Erleichterungen bei der

---

<sup>26</sup> Věrsty, Nr. 74 (30.9.-1.10.) 1999, zitiert nach: Centr političeskich technologij (Hrsg.), Partii pered vyborami: Otečestvo – vsja Rossija, Moskau, Oktober 1999.

<sup>27</sup> Dem Autor in Moskau am 20.10.1999 von Oleg Morosow, Sekretär des VGR-Koordinationsrats, Vorsitzender der Staatsdumagruppe "Russische Regionen" und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik, als Computerausdruck übergeben.

Gewährung von Krediten an die Bevölkerung für den Kauf von Wohnungen und höherwertigen Konsumgütern.<sup>28</sup> Von den im Sozialkapitel vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen dürfte die Ausarbeitung eines Sozialgesetzbuches und eines Arbeitsgesetzbuches die wichtigste sein. Ferner sollen Gesetzentwürfe zu folgenden wichtigen Themen vorgelegt werden: staatliche soziale Standards, Renten, Schutz der Invaliden, Wiedereingliederung ehemaliger Häftlinge, Obdachloser und Bettler, soziale Partnerschaft, öffentlicher Dienst, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Schutz von Privateigentum, geistiges Eigentum, Schutz unternehmerischer Tätigkeit, Schutz privater Bankeinlagen.

In ihrem *Wissenschafts- und Kulturprogramm* setzt VGR folgende Prioritäten: Förderung der Grundlagenforschung, Einführung und Entwicklung moderner Technologien, Anhebung des sozialen Status der Wissenschaftler, Gewährleistung einer allgemein zugänglichen sowie qualitativ hochwertigen Bildung, Unterstützung der Kulturschaffenden und Wahrung der sprachlichen Selbständigkeit der Völker Rußlands.

Bei der *effizienteren Organisation des Staats* verfolgt VGR diese Ziele: Korrektur des Systems der staatlichen Gewalten durch eine Verfassungsreform, Stärkung der Organe der örtlichen Selbstverwaltung, Reform des Gerichtssystems, Einhaltung von Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit Rußlands, Anhebung des sozialen Status der Militärangehörigen und schrittweiser Übergang zu einer Freiwilligenarmee. Dazu möchte VGR folgende Gesetzesinitiativen ergreifen: Stärkung der Rolle der Staatsduma bei der Regierungsbildung, d.h. die Staatsduma muß nicht nur dem Premier zustimmen, sondern auch der Ernennung der "Macht"minister (des Verteidigungs-, des Innen- und des Zivilverteidigungsministers sowie des Außen- und des Finanzministers). Ferner muß der neue Premier nach diesem Gesetzesvorhaben sein Regierungsprogramm mit der Staatsduma diskutieren. Schließlich soll die Staatsduma ermächtigt werden, die Regierung zu entlassen, wenn sie ihr innerhalb von drei Monaten zweimal das Mißtrauen ausspricht. Weitere Gesetzentwürfe will VGR vorlegen, u.a. über das Oberste Gericht, über die Rechtsanwaltschaft, über die Einführung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, über die Präzisierung der Kompetenzen des Präsidenten, insbesondere seines Rechts, Dekrete zu erlassen, sowie über die Ordnung für die vorzeitige Beendigung der Vollmachten des Präsidenten im Krankheitsfall, über die Einführung des Amtes eines Vizepräsidenten, über den Sicherheitsrat, über die Einberufung einer Verfassungsversammlung, über die Erweiterung der Kompetenzen des Föderationsrats bezüglich des Einsatzes der Streitkräfte innerhalb Rußlands zur Gewährleistung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes, über den Ausnahme- und Kriegszustand, über die Streitkräfte, über den Ersatzdienst, über die zivile Kontrolle der Streitkräfte, über die Unterstützung der Landsleute im Ausland und über das Recht auf Arbeit.

Auf dem Gebiet der *föderativen Beziehungen* will VGR die Kompetenzen des Zentrums und der Regionen stärker abgrenzen, Rechtsprinzipien für das Schlichtungsverfahren in

---

<sup>28</sup> Nezavisimaja gazeta, 13.10.1999, S. 12.



Streitfällen zwischen föderalen und regionalen Machtorganen ausarbeiten, jedem Territorium die Erhaltung und Entwicklung seiner Eigenart garantieren, ein umfassendes und klares Finanzierungssystem regionaler Programme einführen, das die sozioökonomischen, geographischen und sonstigen Besonderheiten jeder Region berücksichtigt. Zur Erreichung dieser Ziele möchte VGR u.a. folgende Gesetzesinitiativen einbringen: über den Eintritt in die und den Austritt aus der Rußländischen Föderation sowie über die Bildung neuer Föderationssubjekte innerhalb der Rußländischen Föderation, über den föderativen Staat (strengere Abgrenzung der Kompetenzen der Zentrale und der Föderationssubjekte sowie der Interregionalen Wirtschaftsassoziationen) und über den Budgetföderalismus.

In der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* setzt VGR folgende Prioritäten: Unterstützung der einheimischen Produktion und Schutz des russischen Binnenmarkts, Stärkung der regulierenden Rolle des Staats, Unterstützung der Landwirtschaft und Gewährleistung der Sicherheit in der Nahrungsmittelversorgung, Reform der Besteuerung, Gewährleistung der ökonomischen Freiheit und unternehmerischen Tätigkeit sowie Verbesserung der staatlichen Budgetpolitik. Das wichtigste konkrete Vorhaben im Bereich der 31 gesetzgeberischen Initiativen von VGR zu diesem Themenbereich dürfte die Verabschiedung des neuen Steuerrechts sein.

Schließlich möchte VGR den *Gesetzgebungsprozeß* reformieren. Die diesbezüglichen gesetzgeberischen Initiativen von VGR umfassen eine bessere Vorbereitung von Gesetzen, die unabhängige Beratung durch Experten, die Inventarisierung aller Rechtsakte und die Herausgabe einer Sammlung aller Gesetze.

#### Spitzenkandidaten

VGR stellte für die Staatsdumawahl folgende drei Spitzenkandidaten auf:<sup>29</sup> Expremier Jewgenij Primakow, den Vorsitzenden der Bewegung "Vaterland" und Oberbürgermeister von Moskau, Jurij Lushkow, der sein Mandat nicht annahm, weil er als Oberbürgermeister am 19. Dezember 1999 wiedergewählt wurde und damit automatisch dem Föderationsrat angehört, sowie den Gouverneur und Oberbürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Jakowlew, der sein Mandat ebenfalls nicht annahm, weil er nicht bereit war, seinen Gouverneursposten und sein damit verbundenes Föderationsratsmandat aufzugeben.

#### 3.1.19 "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation"

##### Gründung und Organisation

Am 13./14. Februar 1993 wurde die am 20./21. Juni 1990 gegründete "Kommunistische Partei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" (KP der RSFSR) als "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF) wiedergegründet und am 24. März 1993 registriert. Die Namensänderung war notwendig, weil die RSFSR als Unionsrepublik der UdSSR nach der Auflösung der Sowjetunion ein selbständiger Staat geworden war. Die Neugründung war erforderlich, weil die KPdSU und damit die KP der RSFSR nach dem Augustputsch 1991 verboten worden waren.

---

<sup>29</sup> Rossijskaja gazeta, 20., 21. und 26.10.1999.

Mit 550.000 Mitgliedern in 20.000 Grundorganisationen in 88 Föderationssubjekten (außer Tschetschenien)<sup>30</sup> ist die KPRF nicht nur die größte der fünf kommunistischen Nachfolgeparteien, sondern auch die größte politische Partei der Rußländischen Föderation.

In ihrem auf dem II. Parteitag 1993 angenommenen und auf dem IV. Parteitag 1997 ergänzten Statut<sup>31</sup> bekennt sich die Partei zum Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus, das etwas demokratischer interpretiert wird als zur KPdSU-Zeit:

- Wahl aller Parteiorgane von unten nach oben;
- periodische Rechenschaftslegung der gewählten Organe gegenüber ihren Wählern und gegenüber höheren Parteiorganen;
- Parteidisziplin;
- Recht der Minderheit auf Darlegung ihrer Meinung bei der Vorbereitung einer Entscheidung, aber Unterwerfung der Minderheit unter die Mehrheit, nachdem die Entscheidung getroffen wurde;
- Verbindlichkeit der Entscheidung der höheren Leitungsorgane für die niedrigeren.

Das höchste Organ der KPRF ist der Parteitag, der alle drei Jahre zu tagen hat. Er wählt das Zentralkomitee (ZK), das die Partei zwischen den Parteitagungen leitet. Mit der Wahrnehmung der laufenden Aufgaben zwischen seinen Plenarsitzungen beauftragt das ZK das von ihm gewählte Präsidium. Diese Struktur und Aufteilung der Zuständigkeiten entsprechen denen in der ehemaligen KPdSU: Die Funktionen des ehemaligen Zentralkomitees nimmt das neue ZK wahr und die des ehemaligen Politbüros das Präsidium des ZK. Der Parteivorsitzende wird vom ZK gewählt. Parteivorsitzender ist Gennadij Sjuganow, der bis 1990 Stellvertretender Leiter der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU und dann Mitglied des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK der KP der RSFSR war. Als einer der sechs Stellvertreter Sjuganows fungiert der letzte Parteichef der KP der RSFSR, Valentin Kupzow.

Innerhalb der KPRF lassen sich – trotz aller Querverbindungen und Überschneidungen – drei innerparteiliche Grundströmungen ausmachen, die in unterschiedlicher Stärke jeweils Teile des Parteiprogramms repräsentieren.<sup>32</sup>

- Die *Nationalpatrioten* (ca. 60-70 Prozent der Mitglieder). Ihr prominentester Vertreter ist der KPRF-Vorsitzende Sjuganow. Die Vertreter dieser Strömung wollen Rußland als Großmacht auf der Grundlage traditioneller russischer Werte wiederherstellen. Dabei heben sie den spezifischen Charakter Rußlands gegenüber der westlichen Zivilisation hervor und drängen das marxistische Erbe in den Hintergrund. In diesem Zusammenhang

---

<sup>30</sup> Rossijskoe informacionnoe agentstvo "Novosti" (Hrsg.), Spravočnik, Vypusk Nr. 2, Obščestvenno-političeskie dviženija i partii v Rossii, Moskau, November 1996, S. 19.

<sup>31</sup> Ustav Obščerossijskoj obščestvennoj organizacii "Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii". Prinjat II s-ezdom KPRF 14.2.1993 goda i s popravkami, prinjatymi IV s-ezdom KPRF, in: IV S-ezd Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii 19-20 aprelja 1997 goda. Materialy i dokumenty, Moskau 1997, S. 93-107.

<sup>32</sup> Heinz Timmermann, Die KP Rußlands – Struktur, Programm, Aktionsmuster, in: Berichte des BIOst, Nr. 9-1998, S. 15 f.

konvergieren sie programmatisch mit den übrigen national-patriotischen Gruppierungen mit Ausnahme der LDPR, die sie als unseriös einschätzen. Versuche, die KPRF in eine Partei rechtszentristischen Typs zu verwandeln, wurden allerdings auf dem IV. Parteitag im April 1997 zurückgewiesen.

- Die *marxistischen Erneuerer* (ca. 20-30 Prozent der Mitglieder) unter dem ehemaligen Vorsitzenden der KP der RSFSR und jetzigen Stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden Valentin Kupzow. Ein weiterer Vertreter dieser Strömung ist der dritte Mann in der KPRF-Hierarchie, der Stellvertretende KPRF-Vorsitzende und Internationale Sekretär der Partei, Iwan Melnikow, der zugleich Vorsitzender des Komitees der Staatsduma für Wissenschaft und Bildung ist und eine analoge Funktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wahrnimmt. Der dritte prominente Vertreter dieser KPRF-Grundströmung ist der Vorsitzende der Staatsduma, Gennadij Selesnjow. Sie halten am sozialistischen Erbe Marxscher und Leninscher Prägung fest und möchten im russischen Parteienspektrum das linke Feld besetzen. Die national-patriotischen Eskapaden Sjuganows beobachten sie mit Skepsis.
- Die *stalinistischen Nostalgiker* (10-15 Prozent der Mitglieder). Sie bilden die kleinste Strömung in der KPRF und haben nur geringen Einfluß auf Programmatik und Politik der Partei. Sie profitieren aber von dem Druck anderer kleinerer, radikaler kommunistischer Parteien, die die KPRF zur Liquidierung ihrer nationalistischen bzw. linksreformerischen Programmatik zwingen und auf das traditionelle Konzept des Marxismus-Leninismus festlegen wollen. Sie arbeiten mit ihnen zusammen.

Die Partei hat mit einigen Problemen zu kämpfen: Ihre Mitgliedschaft ist überaltert und stagniert seit Jahren. Trotz ihres ideologischen Anspruchs hat die Partei den Kontakt zur Arbeiterklasse weitgehend verloren. Ursache dafür ist, daß nach dem Zusammenbruch ganzer Industriebereiche die nach traditionellem kommunistischem Verständnis ideologisch führende Arbeiterklasse desorientiert und passiv ist. Hinzu kommt die geringe soziale Mobilisierungsfähigkeit der KPRF, weil die früheren organischen Verbindungen zu flankierenden gesellschaftlichen Organisationen abgerissen sind.

#### Programmatik

In ihrem auf dem III. Parteitag 1995 angenommenen und auf dem IV. Parteitag 1997 ergänzten Programm<sup>33</sup> bezeichnet die KPRF den Kommunismus als "historische Zukunft der Menschheit". Die KPRF läßt sich weiterhin von der "entwickelten marxistisch-leninistischen Lehre" und der "materialistischen Dialektik" leiten. Rußland stehe vor einer folgenschweren Entscheidung. Die jetzige herrschende Klasse versuche, durch Betrug Rußland zu einem primitiven Kapitalismus zurückzuführen. Nach der Zerstörung der Sowjetunion drohe das gleiche Schicksal nun der Rußländischen Föderation. Rußland besitze keine staatliche Souveränität und werde zur Halbkolonie des Westens. Der größte Teil der Bevölkerung verarme. Daraus entwickle sich Widerstand gegen das herrschende System.

<sup>33</sup> Programma Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii. Dopolnenija i izmenenija, prinjatye IV s-ezdom KPRF 20 aprelja 1997 goda, in: IV S-ezd Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii 19-20 aprelja 1997 goda. Materialy i dokumenty, Moskau 1997, S. 74-92.

Die KPRF schlägt für die weitere Entwicklung Rußlands den sozialistischen Weg vor. Der Wirtschaftskurs soll geändert werden, und Produktion wie Einkommen sollen durch das "Volk" kontrolliert werden. Für die lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Industriewaren werden niedrige stabile Preise garantiert. Dem "Volk" werden die sozioökonomischen Rechte auf Arbeit, Erholung, Wohnung, kostenlose Bildung, medizinische Versorgung sowie Altersversorgung zugesichert. Mit Hilfe von Komplexprogrammen soll die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Privatbanken und sonstige Finanzinstitutionen sollen einer strikten staatlichen Kontrolle unterworfen werden. Durch strenge Maßnahmen soll der Kapitalabfluß in das Ausland verhindert werden.

Die "Plünderung" des staatlichen Eigentums soll beendet werden. Deshalb ist die Wiedereinführung des Außenhandelsmonopols des Staats für strategisch wichtige Güter, darunter Rohstoffe, vorgesehen.

Auf der Grundlage von Sjuganows Publikationen<sup>34</sup> läßt sich sein politisches Weltbild folgendermaßen zusammenfassen:

Im Zentrum ... steht Rußland als eigenständige Zivilisation; ihr staatlicher Träger ist die russische Großmacht. Dem russischen sozialen Koloß, bestimmt von Kollektivismus und Gerechtigkeitssinn, tritt als geographischer Rivale der Westen, geführt von der Supermacht USA, gegenüber. Der Westen hat im vergangenen Jahrzehnt – unterstützt durch die Reformer und Demokraten im Land selbst – die Sowjetunion als geopolitisches Kraftfeld ausgeschaltet. Aufgabe der russischen Politik ist es jetzt, die seit Jahrzehnten bestehende politische Balance wiederherzustellen und eine Diktatur des Westens über die Welt zu verhindern. Die Wiederherstellung einer Union als Nachfolger der UdSSR ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die Rivalität mit dem Westen schließt eine Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichheit keineswegs aus.<sup>35</sup>

Der Kapitalismus sei mit der Mentalität des russischen Volkes unvereinbar.<sup>36</sup> Der Westen mit seiner ozeanisch-atlantischen Zivilisation konkurriert mit der kontinental-eurasischen Zivilisation Rußlands. Ökonomischer Träger der westlichen Zivilisation ist nach Sjuganow die kosmopolitische Handels- und Finanzoligarchie, die nach der Herrschaft über die Welt strebt.

Als ihr weltanschaulicher Träger dient die liberal-demokratische Ideologie, deren Grundzüge folgende sind: extremer Individualismus, militante Ungeistigkeit, religiöser Indifferentismus, Ergebenheit gegenüber der Massenkultur, Antitraditionalismus und die Vorherrschaft des quantitativen Prinzips gegenüber dem qualitativen.<sup>37</sup>

Trotz seiner gegenwärtigen Erfolge sei der Kapitalismus nach Ansicht Sjuganows "an die Grenzen seiner Möglichkeiten" gelangt. Die zunehmenden Konflikte des Westens – der "goldenen Milliarde" – mit der ihm die Rohstoffe liefernden und ausgebeuteten Peripherie sowie die ökologischen Grenzen, die erreicht werden, verlangten eine vollständige Neuordnung von

---

<sup>34</sup> Gennadij Zjuganov, *Deržava*, Moskau 1994; ders., *Za gorizontom*, Moskau 1995; ders., *Rossija i sovremennyj mir*, Moskau 1995; ders., *Rossija – rodina moja. Ideologija gosudarstvennogo patriotizma*, Moskau 1996.

<sup>35</sup> Gerhard Simon, Gennadij Sjuganow, in: *Die politische Meinung*, 318, 1996, S. 17-23.

<sup>36</sup> Gennadij Zjuganov, *Za gorizontom*, Moskau 1995, S. 70 ff.

<sup>37</sup> Ebenda, 52 f.

Produktion und Konsum, neue Prioritäten in der ökonomischen Entwicklung und ein "neues System der gesellschaftlichen Werte". Diese wesentlichen und objektiven Bedürfnisse der globalen Entwicklung würden zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus führen.<sup>38</sup>

Nach der bisher nicht veröffentlichten "Konzeption der Außenpolitik der Rußländischen Föderation" der KPRF, die im April 1996 publiziert werden sollte, sei Rußland für "viele Jahrhunderte" nicht mehr in der Lage, eine selbständige Außenpolitik zu führen. Es habe alle seine Bündnispartner verloren. Die NATO versuche im Osten, einen Sicherheitsgürtel zu errichten zwecks Isolierung Rußlands von der restlichen Welt. Priorität in der Außenpolitik der KPRF hätten die GUS-Länder, die Länder der ehemaligen sozialistischen Weltgemeinschaft, China, Indien, die arabischen Länder sowie die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil mit den führenden westlichen Mächten.

Aus der Plattform der KPRF zur Staatsdumawahl<sup>39</sup> sind folgende fünf Kernbegriffe zu nennen: "Gerechtigkeit (spravedlivost') – Wiederherstellung all dessen im sozialen Leben, 'dessen uns das grausame Regime beraubte', Reichsmacht (deržavnost') – starke Staatsmacht als Garantin sozialer Gerechtigkeit sowie als Schutz vor kapitalistischer Ausbeutung und 'verbrecherischen Reformen', Volksherrschaft (narodovlastie) – Kontrolle des Volks über die Staatsorgane im Zeichen einer Verbindung von Demokratismus und Zentralismus, Geistigkeit (duchovnost') – das Streben, die 'höchsten, traditionellen russischen Ideale der Wahrheit, des Guten und Schönen in das Leben einzuführen', Patriotismus (patriotizm) – die Liebe zum Vaterland und die Bereitschaft, die eigenen Interessen zu dessen Gunsten zurückzustellen." <sup>40</sup>

#### Parlamentsarbeit

Die KPRF-Fraktion kritisiert den Reformkurs der Regierung. Dreimal sprach sie der Regierung das Mißtrauen aus: im Oktober 1994 sowie im Juni und im Juli 1995. Dreimal versuchte sie, ein Absetzungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten: 1994, 1995 und 1997. Scharf kritisierte die KPRF-Fraktion den ersten Tschetschenien-Krieg. In der zweiten Legislaturperiode verhielt sich die KPRF-Fraktion konformistischer. So stimmte sie nach der Präsidentenwahl im August 1996 der Wiederernennung Viktor Tschernomyrdins zum Regierungschef sowie dem Haushalt 1997 zu. Am 24. April 1998 stimmten einige KPRF-Abgeordnete für den damaligen neuen Regierungschef Kirijenko, obwohl das Zentralkomitee beschlossen hatte, gegen ihn zu votieren. Im Juni 1998 sammelte die Fraktion die nötigen Unterschriften, um das Impeachmentverfahren gegen Jelzin einzuleiten. Bei der Abstimmung darüber votierte die Fraktion am 15. Mai 1999 nahezu geschlossen gegen Jelzin. Vier Tage später stimmte allerdings knapp die Hälfte der Fraktionsmitglieder für den von Jelzin vorgeschlagenen Stepaschin als Regierungschef.

#### Spitzenkandidaten

---

<sup>38</sup> Ebenda, S. 62 f.

<sup>39</sup> Sovetskaja Rossija, 31.8.1999.

<sup>40</sup> Heinz Timmermann, Die KP Rußlands: eine systemintegrierte, strukturkonservierende Protestpartei, in: Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 49/1999, S. 4.

Als Spitzenkandidaten<sup>41</sup> für die Staatsdumawahl stellte die KPRF den Parteivorsitzenden Sju-ganow, den Staatsdumavorsitzenden Gennadij Selesnjow und Wassilij Starodubzew, den Gouverneur des Gebiets Tula und Teilnehmer am Augustputsch 1991 gegen Gorbatschow, auf.

### *3.1.20 "Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache"*

Über diese Liste konnten nur die Namen der drei Spitzenkandidaten in Erfahrung gebracht werden, aus denen politische Inhalte nicht erschlossen werden können: Oleg Iwanow (Jg. 1970, nicht abgeschlossene Hochschulbildung, Spezialist der Administration der Gebietskörperschaft "Stadt Gatschin"), Jurij Petrow (Jg. 1961, Hochschulbildung, arbeitslos) und Michail Sidorow (Jg. 1946, Hochschulbildung, Verwaltungsleiter).

### *3.1.21 "Gesamtrussische politische Partei des Volkes"*

Die 1997 gegründete Partei tritt für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaats in Rußland ein. Die Wirtschaft soll sozial orientiert sein. Spitzenkandidaten waren der Parteivorsitzende Ansori Aksentjew-Kikalischwili (Jg. 1948, Hochschulbildung), die Arbeitslose Tatjana Bure (Jg. 1948, Hochschulbildung) und der Komponist Wladimir Schainskij (Jg. 1925, Hochschulbildung).

### *3.1.22 "Union rechter Kräfte"*

Zu dieser Union schlossen sich im August 1999 die Bewegungen des ehemaligen Premiers Sergej Kirijenko ("Neue Kraft"), des ehemaligen Stellvertretenden Regierungschefs Boris Nemzow ("Junges Rußland"), der ehemaligen Vorsitzenden des Staatskomitees für die Förderung der Entwicklung des Kleinunternehmertums, Irina Chakamada ("Gemeinsame Sache"), und des Reformpremiers von 1992, Jegor Gajdar ("Demokratische Wahl Rußlands"), zusammen. Leiter des Wahlkampfstabs der Koalition war der ehemalige Stellvertretende Regierungschef und jetzige Vorstandsvorsitzende des Stromversorgungskonzerns "JeES Rossii", Anatolij Tschubajs. Die "Union rechter Kräfte" möchte in Rußland eine bürgerliche Gesellschaft sowie die soziale Marktwirtschaft einführen. Sie beabsichtigt, Industrie und Landwirtschaft wiederzubeleben, Kriminalität, Korruption und Faschismus zu bekämpfen, die Menschenrechte und die demokratischen Institutionen zu schützen sowie die Freiheit des Wortes zu garantieren.

Nemzow betonte auf einer Pressekonferenz Ende August 1999, es sei notwendig, die russische Regierung zu stärken und die verfassungsmäßige Macht des Präsidenten einzuschränken. Das beziehe sich vor allem auf das Recht, die Regierung zu entlassen. Ferner solle die Immunität der Abgeordneten und der Gouverneure aufgehoben werden, weil durch sie Kriminelle an die Macht kämen. Nemzow paßt das nomenklatorische und administrative kapitalistische System, das im Land errichtet worden ist, nicht. Er trat für eine konkrete Marktwirtschaft europäischen Typs ein. Kirijenko erklärte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht nur mit politischen, sondern auch mit nichtpolitischen, ökologischen

---

<sup>41</sup> Kommersant, 11.9.1999.

und gesellschaftlichen Organisationen. Das Ziel sei die Bildung einer offenen Bürgergesellschaft, in der die Gesellschaft und die Menschen die Möglichkeit hätten, die Machtorgane zu kontrollieren und Einfluß auf sie auszuüben. Spitzenkandidaten waren Kirijenko (Jg. 1962), Nemzow (Jg. 1959) und Chakamada (Jg. 1955).

### *3.1.23 "Ökologische Partei Rußlands "Zeder"*

Die Partei wurde 1994 auf der Grundlage der Bewegung "Zeder" gegründet und fordert politische, rechtliche, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen für die geistige und kulturelle Entwicklung des Menschen, für die Verwirklichung der fundamentalen Menschenrechte, für eine gesunde Natur und soziale Umwelt. Spitzenkandidaten waren der Parteivorsitzende Anatolij Panfilow (Jg. 1951, Hochschulbildung), der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Partei, Wladimir Petrow (Jg. 1967, Hochschulbildung) und der Journalist Iwan Ochlobystin (Jg. 1966, nicht abgeschlossene Hochschulbildung).

### *3.1.24 "Unser Haus Rußland"*

1995 gründete Expremier Viktor Tschernomyrdin den rechtszentristischen Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR). Die Rolle, die Gajdars "Wahl Rußlands" als "Partei der Macht" 1993 spielte, übernahm 1995 UHR. Vorsitzender von UHR ist Viktor Tschernomyrdin, der bis Ende März 1998 zugleich Regierungschef war.

In seiner Wahlplattform versprach UHR, das Verantwortungsbewußtsein des Staats bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen den Bürgern und den Organisationen gegenüber zu stärken, ein neues und umfassendes Steuerrecht einzuführen, die Abkehr von Bartergeschäften, Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Eigentümer und Investoren zu ergreifen, für die Annahme und Anwendung eines Bodengesetzbuchs einzutreten, die Sozialgesetzgebung gründlich zu überprüfen, das Vertrauen der Bürger und der Unternehmer in die Banken wiederherzustellen, das Problem der Auslandsschulden durch Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern über die Abschreibung von 70 Prozent der UdSSR-Schulden und Streckung der Tilgung der restlichen 30 Prozent auf 50 Jahre zu lösen versuchen, gegen Verbrechen und Korruption energisch zu kämpfen, die Rechtsschutzorgane zu stärken und dem Rechtsprechungssystem neue Bedeutung beizumessen, die Macht durch Neudefinierung der Rolle des Präsidenten (Nichteinmischung in die Regierungsarbeit, Stärkung der Regierung und der Verantwortlichkeit des Parlaments) zu reformieren sowie die Föderation dergestalt zu festigen, daß Moskau in den Regionen intervenieren kann, wenn föderale Gesetze verletzt werden.<sup>42</sup> Als Spitzenkandidaten stellte UHR auf: den UHR-Vorsitzenden, Expremier und Vorsitzenden des Rats der Direktoren von GASPROM, Viktor Tschernomyrdin (Jg. 1938), den Vorsitzenden der UHR-Fraktion in der Staatsduma, Wladimir Ryshkow (Jg. 1966), und den Gouverneur des Gebiets Saratow, Dmitrij Ajazkow (Jg. 1950).

---

<sup>42</sup> Vera – sila – svoboda. Programma Dviženija "Naš dom – Rossija". Moskau, 24.4.1999, S. 12-16.

### 3.1.25 *"Sozialistische Partei Rußlands"*

1994 versuchte der Kreml, nach amerikanischem Vorbild ein Zweiparteiensystem in Rußland einzuführen. Das gelang nicht. Es formierte sich nur die "Partei der Macht" UHR. Eine linke Partei, die nicht entstanden war, sollte vom damaligen Vorsitzenden der Staatsduma, Iwan Rybkin, geführt werden. Bei der Staatsdumawahl 1995 trat er mit dem "Wahlblock Iwan Rybkin" an, erhielt aber nur 1,11 Prozent der Stimmen. Die im Juni 1998 registrierte Partei, deren Vorsitzender Rybkin (Jg. 1946) ist, ist der zweite politische Anlauf des ehemaligen Staatsdumavorsitzenden. Rybkin ist Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten bei den Mitgliedstaaten der GUS. Weitere Spitzenkandidaten waren Leonid Majorow (Jg. 1941, Hochschulbildung, Stellvertretender Bürgermeister von Georgijewsk in der Region Stawropol) und Andrej Belischko (Jg. 1954, Hochschulbildung, Stellvertretender Generaldirektor der Industrieaufirma "Jushuralstroj"). Die Partei möchte in Rußland einen sozial orientierten Rechtsstaat aufbauen, der die Rechte und Freiheiten der Bürger garantiert und materiellen Wohlstand und Möglichkeiten zur Entwicklung der Persönlichkeit in einer angenehmen Umwelt sowie in Frieden und Einvernehmen mit anderen Völkern schafft.

### 3.1.26 *"Partei der Rentner"*

Diese Partei, die im Mai 1998 registriert wurde, will sich besonders um die Anliegen der Rentner kümmern. Als Spitzenkandidaten wurden die Rentner Jakow Rjabow (Jg. 1928, Hochschulbildung) und Anatolij Kontaschow (Jg. 1952, Hochschulbildung, Vorsitzender der Parteiorganisation von St. Petersburg) sowie die Rentnerin Rimma Markowa (Jg. 1925, Hochschulbildung) nominiert.

### 3.1.27 *"Russische sozialistische Partei"*

Diese Partei, die am 7. Dezember 1998 registriert wurde, hatte der exzentrische Unternehmer Wladimir Brynzalow (Jg. 1946, Hochschulbildung) 1996 gegründet, nachdem er zuerst der "Sozialdemokratischen Partei Rußlands" beigetreten war, es dort aber nicht schaffte, zum Parteiführer aufzusteigen. 1995 errang er – vom "Wahlblock Iwan Rybkin" aufgestellt – ein Direktmandat in der Staatsduma, trat erst der kommunistennahen Gruppe "Volksmacht" bei und wechselte dann zur UHR-Fraktion. 1996 kandidierte er für das Amt des Präsidenten und erhielt 0,16 Prozent der Stimmen. Der Parteivorsitzende Brynzalow strebt eine Art russischen Sozialismus und Wohlstand für alle an. Die Spitzenkandidaten stammen offensichtlich aus Verwandtschaftskreisen. Außer ihm kandidieren Igor Brynzalow (Jg. 1971, Hochschulbildung, Dumaabgeordneter des Gebiets Moskau) und Jurij Brynzalow (Jg. 1949, Mittelschulbildung, Generaldirektor der Firma "Brynzalow-A").

### 3.1.28 *"Rußländische Konservative Partei der Unternehmer"*

Diese Partei, die am 19. Dezember 1998 registriert wurde und von Michail Toporkow geführt wird, setzt sich besonders für die kleinen und mittleren Unternehmer ein. Sie fordert die Verabschiedung eines Gesetzes über die Privatisierung von Grund und Boden und den Aufbau moderner marktwirtschaftlicher Strukturen.



#### **4. Ergebnisse der russischen Staatsdumawahl 1999**

Die Wahl zur dritten Staatsduma am 19. Dezember 1999 brachte das in Tabelle 2 zusammengestellte Ergebnis.<sup>43</sup> Die Wahlbeteiligung war mit 61,85 Prozent etwas geringer als 1995 (64,3 Prozent).<sup>44</sup> Die nach dem Wahlgesetz erforderliche Mindestwahlbeteiligung von 25 Prozent (Art. 79, Abs. 2a und Art. 80, Abs. 12b) wurde erreicht. Damit ist die Wahl rechtlich gültig ist.

---

<sup>43</sup> Mitteilung der Zentralen Wahlkommission, in: Rossijskaja gazeta, 29.12.1999.

<sup>44</sup> Interfax russ., zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 30.12.1999.

Tabelle 2: Wahlergebnisse

Nr.	Partei/Bewegung/Block/Wählervereinigung	Stimmen- zahl	Listen- ergebnis (in %)	Anzahl Listen- mandate	Anzahl Direkt- mandate
1	"Konservative Bewegung Rußlands"	87.658	0,13		
2	"Rußländische Volksunion"	245.266	0,37		2
3	"Frauen Rußlands"	1.359.042	2,04		
4	"Stalinscher Block – für die UdSSR"	404.259	0,61		
5	<i>"Jabloko"</i>	<i>3.955.457</i>	<i>5,93</i>	<i>16</i>	<i>4</i>
6	"Kommunisten, Werktätige Rußlands – für die Sowjetunion"	1.482.018	2,22		
7	"Frieden, Arbeit, Mai"	383.351	0,58		
8	"Block General Andrej Nikolajew und Akademiemitglied Swjatoslaw Fjodorow"	371.959	0,56		1
9	"Geistiges Erbe"	67.417	0,10		1
10	"Kongreß russischer Gemeinden und Bewegung Jurij Boldyrew"	405.295	0,61		1
11	"Partei des Friedens und der Einheit"	247.039	0,37		
12	"Rußländische Partei zum Schutz der Frauen"	536.015	0,80		
13	<i>"Bär" ("Einheit")</i>	<i>15.548.707</i>	<i>23,32</i>	<i>64</i>	<i>9</i>
14	"Sozialdemokraten"	51.434	0,08		
15	"Zur Unterstützung der Armee"	384.392	0,58		2
16	<i>"Block Shirinowskij"</i>	<i>3.989.932</i>	<i>5,98</i>	<i>17</i>	
17	"Für Bürgerwürde"	402.856	0,60		
18	<i>"Vaterland – Ganz Rußland"</i>	<i>8.886.697</i>	<i>13,33</i>	<i>37</i>	<i>31</i>
19	<i>"Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation"</i>	<i>16.195.569</i>	<i>24,29</i>	<i>67</i>	<i>46</i>
20	"Bewegung patriotischer Kräfte – Russische Sache"	112.330	0,17		
21	"Gesamtrussische politische Partei des Volkes"	69.694	0,10		
22	<i>"Union rechter Kräfte"</i>	<i>5.676.982</i>	<i>8,52</i>	<i>24</i>	<i>5</i>
23	"Unser Haus Rußland"	791.160	1,19		7
24	"Sozialistische Partei Rußlands"	61.776	0,09		
25	"Partei der Rentner"	1.298.948	1,95		1
26	"Russische sozialistische Partei"	156.735	0,24		1
	Gegen alle Kandidaten	2.198.667	3,32		
	Summe			225	111

Wahlbeteiligung: 61,85 Prozent.

Die Angaben zu den Parteien, Bewegungen und Blöcken, die mehr als 5 Prozent der Stimmen bekommen haben und somit in die Staatsduma einziehen konnten, sind kursiv gesetzt. Sie repräsentieren 81 Prozent der Wähler<sup>45</sup>. 1999 erhielten sechs Parteien mehr als 5 Prozent der Stimmen, zwei Parteien zwischen 2 und 5 Prozent, zwei Parteien zwischen 1 und 2 Prozent und 16 weniger als 1 Prozent. 1995 sah das Wahlergebnis folgendermaßen aus: Vier Parteien erhielten mehr als 5 Prozent der Stimmen, sechs Parteien zwischen 2 und 5 Prozent, fünf Par-

<sup>45</sup> Zur Staatsdumawahl 1995, vgl.: Eberhard Schneider, Die russische Staatsdumawahl 1995, in: Berichte des BIOst, Nr. 20-1996.

teien zwischen 1 und 2 Prozent und neun Parteien weniger als 1 Prozent. Das bedeutet, daß die Wähler 1999 ihre Stimmen nicht so zersplittert abgegeben haben wie 1995, was auf eine gewisse Konsolidierung des Parteiensystems hinweisen könnte. In den Ein-Mandat-Wahlkreisen wurden 91 Abgeordnete und nach Parteilisten 66 Abgeordnete, also insgesamt 157 Abgeordnete, wiedergewählt. Die Erneuerungsquote beträgt demnach 65,11 Prozent.

Von den bisher in der Staatsduma mit Fraktionen vertretenen Parteien halbierte der "Block Shirinowskij" mit 5,98 Prozent sein Wahlergebnis von 1995 (11,18 Prozent s. Tabelle 2). Das Wahlergebnis von 1999 entspricht dem Stimmenanteil, den Wladimir Shirinowskij 1996 bei der Präsidentenwahl erringen konnte (5,7 Prozent)<sup>46</sup>. Mit diesem Prozentwert, mit dem er – entgegen den Prognosen – die Fünf-Prozent-Hürde gerade überspringen konnte, ist offensichtlich das Wählerpotential der Shirinowskij-Anhänger ausgeschöpft.

Die jelzinkritischen Demokraten von "Jabloko" schöpften mit 5,93 Prozent ihr Elektorat offenbar ebenfalls aus. Bei der Staatsdumawahl 1995 erreichten sie 6,89 Prozent und bei der Präsidentenwahl 1996 7,3 Prozent der Wählerstimmen. Es war nicht von Vorteil für "Jabloko", daß sie den ehemaligen Premier Sergej Stepaschin nach Jawlinskij als Spitzenkandidaten aufstellte. Zudem dürfte "Jabloko" geschadet haben, daß Jawlinskij vorsichtig den Tschetschenien-Krieg kritisiert hatte.

Die "Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation" (KPRF) konnte mit 24,29 Prozent ihr Wahlergebnis der letzten Staatsdumawahl von 1995 (22,3 Prozent) sogar geringfügig verbessern und erreichte das beste Wahlergebnis bei einer Staatsdumawahl. Wenn bedacht wird, daß es bei der jetzigen Staatsdumawahl nicht mehr nur um die Frontstellung Kommunisten gegen Demokraten, sondern auch um Jelzin-Nomenklatura gegen Lushkow-Nomenklatura ging, und wenn berücksichtigt wird, daß die KPRF praktisch mit drei Listen antrat, kann man wohl davon ausgehen, daß der Stimmenanteil der Kommunisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wesentlich zu verbessern ist.

Von den neuen Parteien, Bewegungen und Wahlblöcken erreichte Lushkows "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR) mit rund 13,33 Prozent nur etwas mehr als die Hälfte der prognostizierten Prozente<sup>47</sup>, aber immerhin viele Direktmandate. Der Grund ist in der Schmutzkampagne zu suchen, die wochenlang im landesweit zu empfangenden Ersten Fernsehprogramm gegen Lushkow lief, auf dessen inhaltliche Gestaltung Jelzin über den Oligarchen Boris Beresowskij Einfluß hatte. (Das Hauptwahlkampfmittel ist in Rußland das Fernsehen.<sup>48</sup>) In polemischen, demagogischen politischen Magazinen wurden Lushkow Bestechung bis zu Mordaufträgen vorgeworfen. Auf diese "Kompromate" (kompromittierendes Material) antwortete

---

<sup>46</sup> Zur Präsidentenwahl 1996, vgl.: Eberhard Schneider, Die russische Präsidentenwahl 1996, in: Berichte des BIOst, Nr. 50-1996.

<sup>47</sup> Zu den Prognosen, vgl.: Vladimir Petuchov, Die Wahlkampagne zu den Staatsdumawahlen. Die zweite Etappe, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1999; ders., Die Endphase des Duma-Wahlkampfes in Rußland, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 60/1999.

<sup>48</sup> Vgl. dazu: Peter Hübner, Der Medienkampf Jelzin-Putin-Beresowskij gegen Lushkow-Primakow-Gussinskij. Seine Folgen für die Duma- und Präsidentschaftswahlen, Teil I und II, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 5 und 6/2000.

Lushkow in Sendungen anderer Fernsehkanäle, zu denen er Zugang hat, die aber nicht landesweit empfangen werden können. Hinzu kommt, daß Lushkow von der Bevölkerung Verbindungen zur Mafia unterstellt werden, so daß die von der Administration des Präsidenten ausgestreuten "Kompromate" bei der Bevölkerung auf einen nicht völlig unfruchtbaren Boden fielen.

Die "Union der rechten Kräfte" (URK), zu der sich die Marktwirtschaftler vereinigt hatten, die ehemals in Regierungsverantwortung standen, konnte mit 8,52 Prozent in die Staatsduma einziehen, weil sie eine gewisse Unterstützung von seiten der Präsidentenadministration/Regierung erhalten hatte.

Tabelle 3: Wahlerfolge der Parlamentsparteien und -bewegungen (in %, Direktmandate in [ ]) <sup>49</sup>

	LDPR/ (Block) Shirinowskij	KPRF/ Sjuganow	"Jabloko"/ Jawlinskij	UHR/ Tschernomyrdin	VGR/ Lushkow (Primakow)	URK/ Kirijenko	Bär/ Shojgu
Präsidentenwahl 1991	7,8	–	–	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1993	22,8 [4]	12,4 [13]	7,9 [7]	–	–	–	–
Fraktionsstärke Staatsduma 1993	14,2	10,1	6,1	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1995	11,2 [1]	22,3 [58]	6,9 [14]	10,1 [10]	–	–	–
Fraktionsstärke Staatsduma 1995	11,3	33,1	10,2	12,2	–	–	–
Präsidentenwahl 1996: 1. Wahlgang	5,7	32,0	7,3	–	–	–	–
Präsidentenwahl 1996: 2. Wahlgang	–	40,3	–	–	–	–	–
Staatsdumawahl 1999	6,0 [0]	24,3 [46]	5,9 [4]	1,2 [7]	13,3 [31]	8,5 [5]	23,3 [9]

Politisch gesehen ist die eigentliche Gewinnerin der Wahl, die mit 23,32 Prozent nur knapp hinter den Kommunisten blieb, Sergej Shojgus neue Bewegung "Einheit", die unter dem Namen "Bär" zur Wahl angetreten war. Die erst im Sommer als neue Quasi-"Partei der Macht" gegründete Bewegung ohne substantielles politisches Programm lag in den Voraussagen Ende Oktober noch unter 5 Prozent. Sie profitierte nicht nur von der gegen Lushkow geführten Schmutzkampagne, sondern vor allem von Wladimir Putins Aussage, als Premier sei er zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet, als Staatsbürger werde er allerdings "Bär" wählen. Daß diese Aussage so wahlwirksam war, hat ihre Ursache in der seit Beginn des Tschetschenien-Kriegs nahezu kometenhaft angestiegenen Popularität Putins. Dieser Krieg, der bisher in den russischen Medien als erfolgreich dargestellt wurde, findet bei der Bevölkerung weitgehende Zustimmung, nicht nur wegen der von Tschetschenen begangenen kriminellen Handlungen, die dem ganzen Volk angelastet werden, sondern vor allem auch

<sup>49</sup> Reihenfolge der Parteien in den Spalten entsprechend ihrer chronologischen Entstehung.

wegen der Anschläge auf die drei Hochhäuser in Rußland mit Hunderten von Toten, derer sie bezichtigt werden und die bis heute unbewiesen sind.

In den 225 Ein-Mandat-Wahlkreisen wurden 216 Direktkandidaten gewählt. In neun Ein-Mann-Wahlkreisen müssen die Wahlen wiederholt werden, denn dort haben mehr Wähler bei "Gegen alle Kandidaten" ihr Kreuz auf dem Wahlzettel gemacht als für den Kandidaten mit den meisten Kandidatenstimmen.<sup>50</sup> 111 Kandidaten waren von Parteien und Bewegungen aufgestellt worden. Mit 46 hat die KPRF die meisten Direktmandate erhalten, aber weniger als 1995 (58). An zweiter Stelle bei den Direktmandaten rangiert mit 31 Lushkows VGR, während die Bewegung bei der Listenwahl nur den dritten Platz erreichen konnte. Dieses gute Ergebnis von VGR in den Ein-Mandat-Wahlkreisen ist offensichtlich das Resultat der Wahlkampf Bemühungen von "Ganz Rußland".<sup>51</sup> Die neue "Partei der Macht" "Bär" errang nur neun Direktmandate, was ihre geringe Verankerung in den Provinzen zeigt. URK konnte immerhin fünf Direktmandate gewinnen.

## 5. Die neue russische Staatsduma

Die konstituierende Sitzung der am 19. Dezember 1999 gewählten Staatsduma fand am 18. Januar 2000 statt. Auf dieser Sitzung wurden der Vorsitzende der Staatsduma und dessen Stellvertreter gewählt sowie die Komitees, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags entsprechen, und deren Vorsitzende bestimmt. Ferner hatten sich die Abgeordneten zu Fraktionen zusammenzufinden.

### 5.1 Fraktionen

Laut Geschäftsordnung der Staatsduma<sup>52</sup> dürfen nur diejenigen Abgeordneten eine Fraktion bilden, die über eine Liste gewählt wurden, die mindestens fünf Prozent der Stimmen<sup>53</sup> bekommen hat. Zu einer Fraktion können sich die Listenabgeordneten und die von der betreffenden Partei aufgestellten und gewählten Direktabgeordneten zusammenschließen. Es können sich zudem Direktabgeordnete einer Fraktion anschließen, die nicht von der Partei aufgestellt wurden. Ferner können sich Listen- und Direktabgeordnete auch einer anderen Gruppierung anschließen, um ihr zur Fraktionsstärke zu verhelfen. Dadurch wird die Stärke der Fraktion dann zahlenmäßig kleiner als die Gesamtzahl der Listen- und der Direktabgeordneten einer Partei. Dies ist z.B. bei der Fraktion der "Kommunistischen Partei der Rußländi-

---

<sup>50</sup> Interfax russ. 23.12.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 27.12.1999, S. 3.

<sup>51</sup> Vgl. VGR: Eberhard Schneider, Die Bewegung "Vaterland" – Ganz Rußland" (VGR), in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 50/1999.

<sup>52</sup> Reglament Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija – parlamenta Rossijskoj Federacii. Moskau 1994, Art. 28.

<sup>53</sup> Laut Art. 80, Abs. 3-5, des neuen Staatsdumawahlgesetzes können unter bestimmten Voraussetzungen auch diejenigen Listen an der Mandatsverteilung teilnehmen, die weniger als fünf Prozent der Stimmen bekommen haben (Federal'nyj zakon "O vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii", in: Rossijskaja gazeta, 1.7.1999), vgl. auch oben, S. 10-11. Die Bestimmung brauchte bei dieser Wahl nicht angewendet zu werden.

schen Föderation" (KPRF) der Fall ist. In Tabelle 4 sind die Fraktionen kursiv gesetzt und in der Reihenfolge ihrer zahlenmäßigen Stärke aufgeführt. Abgeordnete, die von einer Partei aufgestellt und gewählt wurden, die aber als Liste unter fünf Prozent blieb, bzw. Direktabgeordnete, die nicht von einer Partei aufgestellt wurden, können sich nicht zu Fraktionen, wohl aber zu Gruppen zusammenschließen. Rechtlich gibt es zwischen Fraktionen und Gruppen keinen Unterschied.

Voraussetzung für die Bildung einer Gruppe ist eine Mindestzahl von 35 Mitgliedern. Falls diese Zahl von einer Gruppe nicht erreicht wird, kann sie versuchen, Direktabgeordnete zu gewinnen, die von keiner Partei aufgestellt wurden, bzw. Abgeordnete von einer ihr politisch nahestehenden großen Fraktion "abzuwerben".

Tabelle 4: Fraktionen und Gruppen der Staatsduma 1999 (Stand: 25.1.2000)<sup>54</sup>

Fraktion	Listenmandate			Direktmandate			Anzahl der Mandate			Insgesamt <sup>55</sup>			In % <sup>56</sup>		
	1999	1995	1993	1999	1995	1993	1999	1995	1993	1999	1995	1993	1999	1995	1993
<i>KPRF</i>	67	99	32	46	58	13	90	149	45	20,4	33,1	10,1			
<i>Einheit</i>	64	–	–	9	–	–	82	–	–	18,6	–	–			
<i>VGR</i> <sup>57</sup>	37	–	–	31	–	–	45	–	–	10,2	–	–			
<i>URK</i> <sup>58</sup>	24	–	–	5	–	–	32	–	–	7,3	–	–			
<i>"Jabloko"</i>	16	31	20	4	16	7	21	46	27	4,8	10,2	6,1			
<i>LDPR/Block Shirinowskij</i>	17	50	59	0	1	4	17	51	63	3,9	11,3	14,2			
Volksdeputierte	–	–	–	–	–	–	57			12,9	–	–			
Neue regionale Politik/ Russische Regionen/ Regionen Rußlands	–	0	–	–	0	67	41	42	67	9,3	9,3	15,1			
APR <sup>59</sup> /Agrarier/ Landwirtschaft und Industrie	–	0	21	–	20	34	39	35	55	8,8	7,8	12,4			
UHR <sup>60</sup>	0	45	–	–	10	–	–	55	–	–	12,2	–			
Volksmacht	–	0	–	–	9	–	–	37	–	–	8,2	–			
Fraktionslos	–	–	–	–	35	43	17	35	43	3,9	7,8	9,7			

Die KPRF-Fraktion könnte rein rechnerisch 113 Abgeordnete umfassen, zählt aber nur 90 Abgeordnete, weil sie 23 – wahrscheinlich – an die Gruppe "Landwirtschaft und Industrie"

<sup>54</sup> Kommersant Daily, 19.1.2000; RFE/RL Newline, Vol. 4, Nr. 18, Part I, 26.1.2000, S. 3.

<sup>55</sup> Die unter "Insgesamt" angegebene Zahl muß nicht der Addition der Listen- und Direktmandate entsprechen, weil Fraktionen Mitglieder an andere Fraktionen "abgeben" können, ferner, weil nicht von einer Partei aufgestellte direkt gewählte Abgeordnete sich einer Fraktion anschließen können und weil auf einer Liste gewählte Abgeordnete oder von einer Partei aufgestellte Abgeordnete es ablehnen können, sich "ihrer" Fraktion anzuschließen und es z.B. bevorzugen, fraktionslos zu bleiben. Schließlich können die Abgeordneten ihre Fraktionsentscheidung jederzeit ändern. Neun Abgeordnete müssen noch nachgewählt werden.

<sup>56</sup> Die Prozentzahlen sind auf die zur Zeit gewählten 441 Abgeordneten (= 100%) bezogen.

<sup>57</sup> VGR = "Vaterland – Ganz Rußland".

<sup>58</sup> URK = "Union rechter Kräfte".

<sup>59</sup> APR = "Agrarpartei Rußlands".

<sup>60</sup> UHR = "Unser Haus Rußland".

abgegeben hat. Die Fraktionsstärke von 113 Abgeordneten würde 75,8 Prozent derjenigen von 1995 entsprechen, was einen Rückgang gegenüber 1995 um ein Viertel bedeutet. "Jabloko" muß eine Verringerung um 25 Abgeordnete hinnehmen, was eine Halbierung der Fraktion gegenüber 1995 bedeutet. Noch größer ist die Schrumpfung der LDPR-Fraktion um 34 Abgeordnete oder zwei Drittel. Zahlenmäßig praktisch unverändert blieben dagegen die Gruppen gegenüber 1995, sofern sie sich wieder gebildet bzw. unter ähnlichem Namen wieder formiert haben. Die Zahl der Abgeordneten, die fraktions- bzw. gruppenlos bleiben wollten, hat sich gegenüber 1995 von 35 auf 17 halbiert. Das ist Ausdruck einer stärkeren Fraktionen- bzw. Gruppenorientierung der Abgeordneten.

Bei der Abstimmung über den Staatsdumavorsitzenden (siehe unten) bildete sich eine Abstimmungscoalition aus KPRF, "Einheit", LDPR, "Landwirtschaft und Industrie" (KPRF-nah) und "Volksdeputierten" ("Einheit"-nah), mit 64,6 Prozent der Stimmen. VGR, URK und "Jabloko" reagierten auf die Abstimmungscoalition mit der Bildung eines Koordinierungsrats, der einen Stimmenanteil von 22,3 Prozent hat. Die Zweifel des Föderationsratsvorsitzenden Jegor Strojew an der Stabilität des Kräfteverhältnisses in der Staatsduma sind berechtigt. Er schließt nicht aus, daß es zu Spaltungen kommen wird, da Bündnisse nur auf Zeit geschlossen würden.<sup>61</sup>

Die Abstimmungscoalition von KPRF, "Einheit", LDPR, "Landwirtschaft und Industrie" und "Volksdeputierte" war wahrscheinlich nur eine Ad-hoc-Absprache. Das würde bedeuten, daß der Kreml – gemeint sind der Präsident mit seiner Administration und die Regierung – bei anderen Abstimmungsinhalten pragmatisch eine andere Abstimmungscoalition eingehen könnte.

## 5.2 *Staatsdumaspitze*

Die Staatsduma wählte – zur allgemeinen Überraschung, denn es wurde mit Jewgenij Primakow als neuem Vorsitzenden gerechnet – mit der oben skizzierten Abstimmungscoalition den bisherigen Amtsinhaber, das KPRF-Führungsmitglied Gennadij Selesnjow zu ihrem neuen Vorsitzenden. Seine sechs Stellvertreter sind Mitglieder der übrigen Fraktionen und Gruppen. VGR, URK, "Jabloko" und "Regionen Rußlands" hatten es allerdings aus Protest erst gegen die vom Kreml eingefädelt Absprache zwischen KPRF und "Einheit" abgelehnt, Kandidaten aus ihren eigenen Reihen zu benennen. Diese drei Fraktionen verließen die konstituierende Sitzung aus Protest gegen das aus ihrer Sicht undemokratische Vorgehen bei der Wahl des Staatsdumavorsitzenden.

Zur Ersten Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden wurde Ljubow Sliska (Listenabgeordnete von "Einheit", Jg. 1953, bisher in der Administration des Gebiets Saratow tätig) gewählt. Einfache Stellvertretende Vorsitzende wurden Wladimir Awertschenko (Direktabgeordneter, Mitglied der Gruppe "Volksdeputierte", Jg. 1950, bisher Stellvertretender Leiter der Administration des Gebiets Rostow), Pjotr Romanow (von der KPRF aufgestellter Direktabgeordneter, Jg. 1943, Sekretär des ZK der KPRF,

---

<sup>61</sup> Interfax, russ. 19.1.2000, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 20.1.2000, S. 3.

Staatsdumaabgeordneter seit 1996), Gennadij Semigin (Listenabgeordneter der KPRF, aber Mitglied der Gruppe "Landwirtschaft und Industrie", Vorsitzender der Organisation "Zentrum für den Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger"), Georgij Boos (von VGR aufgestellter Direktabgeordneter, Jg. 1963, Staatsdumaabgeordneter seit 1995), Wladimir Lukin (Listenabgeordneter von "Jabloko", Jg. 1937, Vorsitzender des Staatsdumakomitees für internationale Angelegenheiten bis 1999), Boris Nemzow (von URK aufgestellter Direktabgeordneter, Erster Stellvertretender Premier 1997/98, Gouverneur von Nishnyj Nowgorod 1991-1997), und der LDPR-Vorsitzende Wladimir Shirinowskij. Da letzterer in seiner neuen Funktion nicht zugleich die LDPR-Fraktion leiten kann, hat er mit dieser Aufgabe seinen Sohn Igor Lebedew betraut.<sup>62</sup> Als einziger Stellvertretender Vorsitzender wurde Artur Tschilingarow (Direktkandidat, jetzt VGR-Mitglied, Jg. 1939) wiedergewählt.

### 5.3 *Komiteevorsitzende*

Die Staatsduma änderte die Bezeichnungen ihrer Komitees geringfügig. In der folgenden Tabelle 5<sup>63</sup> wurden die Namen der Komitees und die Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit ihrer Vorsitzenden (1995: 1999) gegenübergestellt.

Das Komitee für Arbeit und Sozialpolitik sowie das Komitee für Veteranenangelegenheiten wurden zum Komitee für Arbeit, Sozialpolitik und Veteranenangelegenheiten, das Komitee für Kultur und das Komitee für Tourismus und Sport zum Komitee für Kultur und Tourismus zusammengelegt. Das Komitee für Haushalt, Steuern, Banken und Finanzen wurde dagegen in das Komitee für Haushalt und Steuern und in das Komitee für Kreditorganisationen und Finanzmärkte aufgespalten. Das Komitee für Geopolitik wurde abgeschafft. Neu geschaffen wurde das Komitee für Staatsaufbau.

Die KPRF leitet neun Komitees (wie 1995), wobei sie allerdings den Vorsitz in den wichtigen Komitees für Gesetzgebung und für Sicherheit an UHR bzw. an "Einheit" abgeben mußte. Dafür leitet Anatolij Lukjanow (Putschist von 1991) jetzt das neue Komitee für Staatsaufbau. Der letzte GOSPLAN-Chef der UdSSR und Erste Stellvertretende Premier 1998/99, Jurij Masljukow, übernahm den Vorsitz des Komitees für Industrie, Bauwesen und Hochtechnologie. Mitglieder der LDPR-Fraktion leiteten 1995 vier Komitees, hingegen 1999 nur noch ein Komitee (für Informationspolitik).

Die zweitgrößte Zahl an Komitees (7) leitet die Kreml-Fraktion "Einheit", darunter so wichtige wie die Komitees für Eigentum, für Energiewirtschaft und für Sicherheit. Auf Platz drei in der Zahl der Komiteeleitungen rangieren die Abgeordneten der Gruppe "Volksdeputierte", die u.a. die bedeutenden Komitees für internationale Angelegenheiten und für Verteidigung leiten. Während "Jabloko" in der alten Staatsduma vier Komitees leitete, geht sie jetzt leer aus. Der "Jabloko"-Mitbegründer und ehemalige russische Botschafter in den USA, Wladimir Lukin, mußte den Vorsitz des Komitees für internationale

---

<sup>62</sup> Interfax, russ., 19. und 20.1.2000, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor-Dienst Osteuropa, 21.1.2000, S. 2 f.

<sup>63</sup> Erarbeitet nach: Segodnja, 20.1.2000.



Angelegenheiten an Dmitrij Rogosin, den Mitbegründer des "Kongresses russischer Gemeinden, abgeben. Den Vorsitz im Komitee für Verteidigung übernahm der ehemalige Direktor des Föderalen Grenzdienstes, Armeegeneral Andrej Nikolajew.

Tabelle 5: Komitees der Staatsduma

Name des Komitees 1999	Name des Komitees 1995	Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit des Vorsitzenden 1999	Fraktions-/Gruppenzugehörigkeit des Vorsitzenden 1995
Agrarfragen	Agrarfragen	Landwirtschaft und Industrie	Agrarier
Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik	Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik	KPRF	KPRF
Angelegenheiten der Frauen, Familie und Jugend	Angelegenheiten der Frauen, Familie und Jugend	KPRF	KPRF
Angelegenheiten gesellschaftlicher Vereinigungen und religiöser Organisationen	Angelegenheiten gesellschaftlicher Vereinigungen und religiöser Organisationen	KPRF	KPRF
Angelegenheiten der GUS und Verbindungen zu den Landsleuten	Angelegenheiten der GUS und Verbindungen zu den Landsleuten	VGR	Volksmacht
Angelegenheiten der Nationalitäten	Angelegenheiten der Nationalitäten	Landwirtschaft und Industrie	UHR
Arbeit, Sozialpolitik und Veteranenangelegenheiten	Arbeit und Sozialpolitik Angelegenheiten der Veteranen	KPRF	LDPR KPRF
Bildung und Wissenschaft	Bildung und Wissenschaft	KPRF	KPRF
Eigentum	Eigentum, Privatisierung und Wirtschaftstätigkeit	Einheit	UHR
Energiewirtschaft, Transport und Kommunikation	Industrie, Bauwesen, Verkehr und Energiewirtschaft	Einheit	LDPR
Fragen der örtlichen Selbstverwaltung	Fragen der Geopolitik Fragen der örtlichen Selbstverwaltung	Einheit	LDPR UHR
Geschäftsordnung und Organisation der Staatsdumaaarbeit	Geschäftsordnung und Organisation der Staatsdumaaarbeit	Einheit	Agrarier
Gesetzgebung	Gesetzgebung, Gerichts- und Rechtsreform	URK	KPRF
Gesundheitswesen und Sport	Gesundheitswesen	Volksdeputierte	Russische Regionen
Haushalt und Steuern	Haushalt, Steuern,	Regionen Rußlands	Russische Regionen
Kreditorganisationen und Finanzmärkte	Banken und Finanzen	Volksdeputierte	
Industrie, Bauwesen, Hochtechnologie	Konversion und Hochtechnologien	KPRF	Volksmacht
Informationspolitik	Informationspolitik und Kommunikation	LDPR	LDPR
Internationale Angelegenheiten	Internationale Angelegenheiten	Volksdeputierte	"Jabloko"
Kultur und Tourismus	Kultur Tourismus und Sport	KPRF	Volksmacht KPRF
Natürliche Ressourcen und deren Nutzung	Natürliche Ressourcen und deren Nutzung	Einheit	"Jabloko"
Ökologie	Ökologie	Einheit	"Jabloko"
Probleme des Nordens und des Fernen Ostens	Probleme des Nordens und des Fernen Ostens	Volksdeputierte	"Jabloko"
Sicherheit	Sicherheit	Einheit	KPRF
Staatsaufbau		KPRF	
Verteidigung	Verteidigung	Volksdeputierte	UHR
Wirtschaftspolitik und Unternehmertum	Wirtschaftspolitik	KPRF	KPRF

## 6. Fazit und Ausblick

An der Staatsdumawahl von 1999 ist folgendes bemerkenswert: Erstens wählte die Bevölkerung mit einem hohen Stimmenanteil die erst kurz vor der Wahl gegründete Bewegung "Einheit" ohne politisches Programm. Offensichtlich hat Putins Aussage, er werde diese Bewegung als Privatperson wählen, ihr viele Stimmen gebracht. Die Wähler übertrugen das hohe Rating, das Putin genießt, auf diese Bewegung. Putin stützt seine politische Autorität auf seinen militärischen Erfolg im Tschetschenien-Krieg. Tatkraft und entschlossenes Handeln sind zur Zeit für die Bevölkerung die obersten Werte.

Zweitens: Die neue Staatsduma ist politisch weniger polarisiert als ihre Vorgängerin von 1995. Die Fraktionen der Kommunisten und Nationalisten verkleinerten sich um ein Viertel bzw. zwei Drittel. Die jelzinkritischen Demokraten von "Jabloko" mußten eine Halbierung ihrer Fraktionsstärke hinnehmen. In der neuen Staatsduma bildete sich die Abstimmungscoalition KPRF – "Einheit", die man als Wählerbetrug bezeichnen kann, die aber auch Ausdruck dafür ist, daß die KPRF langsam zu einem integrierten Bestandteil des russischen politischen Systems wird. Das alles führt dazu, daß der Antagonismus Präsident – Parlament der Jelzin-Zeit unter Putin nicht mehr besteht, so daß liegengebliebene Reformgesetze verabschiedet werden könnten.

Drittens: "Einheit" wird bestenfalls die nächste Staatsdumawahl gerade noch überleben. VGR und URK stehen kurz vor der Spaltung oder haben sich schon gespalten. Angesichts der programmatischen Schwäche und der fehlenden Stabilität der neuen Fraktionen ist es fraglich, wie dauerhaft die politischen Mehrheitsverhältnisse in der neuen Staatsduma sind.

**Eberhard Schneider**

## **The 1999 Election to the Russian State Duma**

Bericht des BIOst Nr. 3/2000

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

#### *Findings*

1. On 24th June 1999 a new law for the elections to the Russian State Duma on 19th December 1999 came into force. This comprehensive electoral law contains a number of important new provisions: doubling the previous registration period for the electoral associations (parties, political movements, blocks) intending to take part in the election to one year prior to the date of the election; disclosure of candidates' criminal record; new regulations requiring candidates and electoral associations registering for election to submit security deposits instead of a list of signatures; determination of the rights of international observers; disclosure of candidates' financial circumstances; and reduction of the five-percent threshold for electoral lists in the event of certain election result configurations.
2. The Central Electoral Commission admitted a total of 28 parties, movements, blocks and electoral associations to the election to the State Duma; these were allowed to register for the election by collecting 200,000 signatures or putting down a deposit. By contrast with the previous State Duma elections, it was noteworthy that none of the actual "Parties of Power" was nominated as candidate. What is more, the CPRF submitted de facto three lists for the State Duma election. This fragmentation of the communists was also a reflection of the fact that the major clash in these elections was no longer that of a democratic front pitted against a communist front but rather Yeltsin's federal nomenklatura versus Luzhkov's Moscow nomenklatura.
3. Thanks to the support given to it by Prime Minister Vladimir Putin, the new quasi-"Party of Power" "Bear" gained 23.32 percent of the votes at the election to the State Duma held on 19th December 1999. This was just short of the "Communist Party of the Russian Federation" (CPRF) with 24.29 percent – a very slim improvement over its 1995 result. Way behind at 13.33 percent came Luzhkov's "Fatherland-All Russia" (FAR) movement, much vaunted prior to the election. These were followed by the "Union of Right-Wing Forces" (URF) movement, launched by the former ruling free-marketeers, with a sizeable 8.52 percent. The "Zhirinovsky bloc" with its 5.98 percent and "Yabloko" at 5.93 percent appear to have practically exhausted their voter potential. The organised parliamentary groups now represent 81 percent of the votes given to electoral lists, as opposed to about

50 percent in the 1995 State Duma. This signifies a certain consolidation of the Russian party system. The electoral turn-out was 61.85 percent, and the renewal ratio 65.11 percent (91 deputies via lists and 66 directly elected). The largest share of the direct seats was won by the CPRF with 46 deputies, followed by FAR with 31, "Bear" with 9, "Our Home is Russia" with 7, URF with 5, and "Yabloko" with 4. The surprisingly good result achieved by "Bear" was probably instrumental in Yeltsin's decision to resign on New Year's Eve so as to enhance Putin's chances in the election of the new Russian president, which was later brought forward to 26th March 2000.

4. The electorate gave a large share of the poll to the "Unity" (Yedinstvo) movement, formed only shortly before the election and without a political manifesto. Putin's statement that he, as a private citizen, would vote for this movement obviously won it a large number of votes. The voters gave this movement credit for the high rating enjoyed by Putin. Putin draws his political authority from his military success in the war in Chechnya. Determination and resolute action are the supreme values esteemed by the Russian people at the moment.
5. The new State Duma is less polarised than its 1995 predecessor. The communist and the nationalist groups shrank by a quarter and two-thirds, respectively. The anti-Yeltsin democrats of the "Yabloko" group lost half their parliamentary numbers. In the new State Duma, the CPRF and "Unity" have teamed up in a voting coalition that could well be described as a betrayal of the electorate but at the same time reflects the fact that the CPRF is slowly becoming an integral part of the Russian political system. All this indicates that the antagonism between president and parliament that was characteristic of the Yeltsin years has vanished under Putin, with the result that it may now be possible to pass reform legislation that has long been on the back burner.
6. "Unity" will at best just about survive until the next election to the State Duma. FAR and URF are in the process of splitting up or have done so already. In the absence of clear political programmes and coherent stability on the part of the new parliamentary groups, it is doubtful how long the current political majority in the State Duma will last.